APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

bpb:

5–6/2008 · 28. Januar 2008

Westliche Wertegemeinschaft?

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Editorial

Als die Zwillingstürme des World Trade Centers in New York City durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 in sich zusammenstürzten, konnten sich die USA des weltweiten Mitgefühls und einer Welle bisher nichtgekannter Solidarität der internationalen Staatengemeinschaft sicher sein. Bundeskanzler Gerhard Schröder versicherte der US-Regierung gar die „uneingeschränkte Solidarität" Deutschlands im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Diese sollte indes nur bis zur Rede von US-Präsident George W. Bush am 1. Juni 2002 währen, in der er ankündigte, „mit allen Mitteln" einen Regimewechsel im Irak erzwingen zu wollen.

Zusammen mit dem französischen Präsidenten Jacques Chirac lehnte Schröder einen US-Alleingang ohne UN-Mandat ab. Erst nach einer Rede von US-Vizepräsidenten Dick Cheney am 26. August, in der er einen Krieg gegen den Irak auch an der UNO vorbei in Aussicht stellte, lehnte Schröder jede deutsche Beteiligung an einem Waffengang kategorisch ab. Daraufhin entbrannte in Deutschland aufs Neue eine Debatte über „Antiamerikanismus".

Eine solche Debatte gibt es seit 1776 immer wieder in ganz Europa, sie ist keine deutsch Eigenheit. Kritik an den USA kommt dabei sowohl von konservativer als auch links-liberaler Seite. Der europäische „Antiamerikanismus" ist primär ein kulturelles Phänomen, das oft in einem bestimmten politischen Klima gedeiht; sein Zwillingsbruder ist der „Philoamerikanismus". Die deutsche Kritik am Regierungshandeln der Bush-Administration war kein „Antiamerikanismus", sondern Ausdruck der Besorgnis über eine waghalsige Politik. Wie entgegnete der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer auf der 39. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik im Februar 2003 auf die Aussage des amerikanischen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld, alle diplomatischen Mittel im Umgang mit Saddam Hussein seien erschöpft: „Excuse me, I am not convinced."

Ludwig Watzal

Stefan Immerfall · Hermann Kurthen

Die transatlantische Wertegemeinschaft im 21. Jahrhundert

Stefan Immerfall
Dr. phil. habil., geb. 1958; seit 2000 Professor für Soziologie an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringer Str. 200, 73525 Schwäbisch Gmünd.
stefan.immerfall@ph-gmuend.de

Hermann Kurthen
Dr. phil., geb. 1952; seit 2004 Professor für Soziologie an der Grand Valley State University, Campus Drive, 49401–9403 Allendale, Michigan/USA.
kurthenh@gvsu.edu

Eine Vielzahl von Kommentatoren, Journalisten und Autoren haben die Auswirkungen auf die europäisch- und deutsch-amerikanischen Beziehungen im Vorfeld des Irakkrieges und unmittelbar danach analysiert. Es ist jetzt schon offensichtlich, dass sich viele davon als kurzsichtig erwiesen haben.[1] Das gilt beispielsweise für neokonservative Strategien, welche eine schnelle und nachdrückliche Demokratisierung des Nahen Osten voraussahen und damit ein „Neues Amerikanisches Jahrhundert" einläuten wollten. Stattdessen hat Amerikas Politik seinen Einfluss und sein Ansehen in einem Maße geschwächt, das seine Verbündeten ernsthaft besorgt machen sollte. Auch eine irreparable Schädigung transatlantischer Bande hat nicht stattgefunden, trotz der tiefen Risse, die zwischen der US-Regierung und vielen ihrer europäischen Verbündeten zu Tage getreten sind. Gerade die nach der Ausrufung des „War on Terror" ins Amt gekommenen europäischen Politiker Angela Merkel und Nicolas Sarkozy bemühen sich um die transatlantischen Beziehungen, während die schwache US-Regierung von George W. Bush am Ende ihrer Amtszeit für jede Unterstützung dankbar sein muss.

Welche langfristigen Auswirkungen und Schäden von der Bush-Regierung verursacht wurden, ist noch nicht absehbar. Trotz – aber vielleicht auch wegen – des Irakkriegs ist die islamistische Bedrohung eher größer als kleiner geworden. Selbst eine Supermacht tut sich schwer, die immensen Kriegskosten zu schultern, finanziell wie psychologisch. Welche Lehren lassen sich aus den jüngsten transatlantischen Auseinandersetzungen für die Zukunft speziell der Beziehungen zwischen Deutschland und den USA ziehen?

Warum kam es zur transatlantischen Entfremdung?

Bevor Aussagen über mögliche Entwicklungen gemacht werden, müssen die Ursachen bekannt sein, die zu ihnen geführt haben. Was waren die wichtigsten Triebfedern für die deutsch-amerikanische Entfremdung im Gefolge des Irakkrieges? Sehr vereinfacht wurden insbesondere drei Ursachen benannt: subjektive, strukturelle und politisch-kulturelle.

Die *subjektive Erklärung* konzentriert sich auf Unterschiede in den Persönlichkeiten der beteiligten Akteure und auf kurzfristige Ereignisse, die Meinungsverschiedenheiten und Missverständnisse begünstigen. So offenbarten George W. Bush, Dick Cheney und Ronald Rumsfeld nicht nur einen für Gerhard Schröder oder Jacques Chirac kaum akzeptablen Führungsanspruch – nach dem Motto: wer nicht mit uns ist, ist gegen uns –, sondern befleißigten sich von vornherein eines Führungsstils, der die europäischen Verbündeten befremden musste. Dazu gehörte etwa die in religiöse Beschwörungsformeln gekleidete Si-

Der Aufsatz beruht auf einem Forschungsprojekt, dessen Ergebnisse in Hermann Kurthen/Antonio V. Menéndez-Alarcón/Stefan Immerfall, Safeguarding German–American Relations in the New Century: Understanding and Accepting Mutual Differences, Lanham, Maryland 2006, veröffentlicht wurden und das durch das StADaF (DAAD, New York) gefördert wurde.

[1] Die Zeit, Nr. 35 vom 23. 08. 2007 hat verdienstvollerweise einige der bekanntesten Aussagen führender Intellektueller zu Beginn des Irakkieges aufgelistet. Eine Rückschau wie diese sollte Anlass zu mehr Bescheidenheit bei der Zunft der politischen Analytiker sein.

cherheitsstrategie.[2] Umgekehrt war Bundeskanzler Schröders Beharren auf Deutschland als „normale Nation“ und seine Rede vom neuen deutschen Patriotismus für amerikanische Führungseliten ungewohnt. Gerade für Bush war es ein Zeichen von Führungsschwäche und Opportunismus, als Schröder seinen Wahlkampf mit dem Slogan bestritt, unter seiner Führung würden sich keine Deutschen an einem Irakkrieg beteiligen. Damit wurde aus seiner Sicht kurzfristiger Popularität wegen die transatlantische Solidarität aufs Spiel gesetzt.

In der Tat zeigen Momentaufnahmen der damaligen Zeit, bis hin zum Bush-Besuch in Mainz, eine nur mühsam verborgene persönliche Verstimmung. Aber solche persönlichen Unterschiede existierten auch schon früher, etwa zwischen Jimmy Carter und Helmut Schmidt, ohne dass daraus weiterreichende Verstimmungen erwachsen wären. Auch in Vietnam, Nicaragua oder im Iran (um den Schah auf den Thron zu setzen) wurde das Recht der USA betont und durchgesetzt, aufgrund seiner Einzigartigkeit unilateral handeln zu dürfen.

Das veränderte Verhalten der Führungspersonen wird möglicherweise besser durch gewandelte Umstände verständlich. Dies beansprucht die *strukturelle Erklärung*. In der Tat änderte das Ende des Kalten Krieges die Beweggründe für das transatlantische, politische und militärische Bündnis auf beiden Seiten.[3] Für viele Beobachter ist offensichtlich, dass Europa/Deutschland und die Vereinigten Staaten nun weniger aufeinander angewiesen sind als vorher. Unterschiedliche Einschätzungen nationaler, regionaler und globaler Interessen und Ziele kristallisierten sich daher nicht erst in der angemessenen Antwort auf den 11. September 2001, sondern bereits seit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 heraus.

Weitere neue Bedingungen kommen hinzu, etwa die strukturelle Hegemonie der konservativen Partei im Süden und Mittleren Westen der USA, eine Verlagerung der Handelsströme weg von Europa-USA hin zu Europa-Asien und USA-Asien. In Europa erwies sich die Europäische Union als attraktiver Schwerpunkt, während in den USA der militärisch-(öl)industrielle Komplex an Einfluss gewann. Gesellschaftliche Unterschiede wie in der demographischen Entwicklung kommen hinzu.[4] Deshalb sind die beiderseitigen innerstaatlichen Prioritäten, wirtschaftlichen Belastungen, innen- und außenpolitischen Interessen, militärischen Mittel und politischen Maßnahmen mehr noch als früher in Einklang zu bringen.

Aber nicht alle diese Wandlungsprozesse weisen auf einen größeren Abstand zwischen den USA und Europa hin. Beispielsweise führt der gestiegene Handel mit China auch zu gemeinsamen Interesse diesseits und jenseits des Atlantiks, China zum stärkeren Schutz von Eigentums- und Patentrechten zu bewegen. Allgemeiner gesprochen: Wandlungsprozesse bedürfen ihrer Interpretation, bevor sie politisch wirksam werden.

Der *politisch-kulturelle Ansatz* untersucht solche Interpretationsmuster. Er analysiert den Einfluss von Weltsichten und Hintergrundannahmen auf die gewählte Entscheidung.[5] Denn es zeigt sich immer wieder, dass ähnliche Probleme unter auch sonst vergleichbaren Umständen unterschiedliche Reaktionen hervorrufen. Man betrachte nur die unterschiedlichen Schlussfolgerungen, welche Bush Senior und Bush Junior aus der Tatsache gezogen haben, dass die USA den Kalten Krieg „gewonnen“ haben.

Allerdings weist auch dieser Ansatz einige Schwächen auf. So sind Gesellschaften in ihren Wertemustern weder homogen noch statisch. Sie sind Veränderungen unterworfen und können widersprüchlich sein. Es ist daher

[2] Vgl. Ekavi Athanassopoulou, Transatlantic Relations Caught up by Reality, in: Journal of Transatlantic Studies, 4 (2006) 1, S. 117.

[3] Vgl. Michael Zürn/Martin Binder, Dekonstruktion oder Rekonstruktion der transatlantischen Beziehungen?, in: Jens Alber/Wolfgang Merkel (Hrsg.), Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung, Berlin 2006, S. 391–412.

[4] Vgl. Erich Weede, Living with the Transatlantic Rift, in: Orbis, 49 (2005) 2, S. 323–335.

[5] Vgl. Stephen Kalberg, The Hidden Link Between Internal Political Culture and Cross-National Perceptions: Divergent Images of the Soviet Union in the United States and the FR of Germany, in: Theory, Culture and Society, 8 (May 1991), S. 31–56; Stefan Immerfall, Bonds That Hold: Germany and America in an Age of Turbulence, in: Hermann Kurthen/ders./Antonio Menéndez (Hrsg.), Safeguarding German-American Relations in the New Century: Understanding and Accepting Mutual Differences, Lanham 2006, S. 113–132.

meist willkürlich, aus der kulturellen Gemengelage bestimmte Aspekte als besonders folgenreich hervorzuheben. Auch können sich unterschiedliche Bevölkerungsgruppen untereinander unterscheiden. Gleiches gilt für die Eliten. Zudem müssen auch in demokratischen Systemen die politischen Eliten keineswegs immer der breiten öffentlichen Meinung folgen. So beteiligten sich Spanien, Italien und auch Großbritannien und Dänemark trotz seiner überdeutlichen Unpopularität am Irakkrieg, was aber unmittelbar – nach den Bombenanschlägen von Madrid – nur zur Abwahl der Aznar-Regierung in Spanien führte.

Somit lassen sich zu einem beobachtbaren Trend in den Wertemustern stets vermeintliche Gegenbeispiele finden. Dennoch erscheint ein politisch-kultureller Zugang im Fall der deutsch-amerikanischen „Krise" zwischen 2002/2005 als lehrreich. Mehrere Indizien sprechen dafür, nach den kulturellen Untertönen der diplomatischen Ereignisse zu fragen: Die deutsche Reaktion auf die amerikanischen Kriegsvorbereitungen waren – gemessen an Deutschlands Vergangenheit als treuer Verbündeter – nicht nur ungewöhnlich deutlich. Ungewöhnlich auch war die breite Übereinstimmung zwischen der politischen Führung und der Bevölkerung. Sie ging soweit, dass kritische Intellektuelle vom Schlag eines Jürgen Habermas oder Günter Grass[6] plötzlich bekannten, „stolz" auf die internationale Haltung Deutschlands zu sein.

Politisch-kulturelle Unterströmungen

Im Fall der deutsch-amerikanischen Entfremdung bietet sich als eine einfache politisch-kulturelle Erklärung diejenige an, die Öffentlichkeit Europas, seine Eliten und Medien seien tendenziell pazifistisch gestrickt, während die USA den 11. September als militärische Herausforderung verstanden habe, auf die es ebenso reagieren müsse. Ein Beispiel dafür ist die bekannt gewordene Unterscheidung von Robert Kagan[7] die Amerikaner stammten „vom Mars" und die Europäer „von der Venus". Die Europäer, klug aber auch zynisch geworden durch ihre Geschichte, stünden militärischen Interventionen grundsätzlich ablehnend gegenüber, während die USA als Pioniernation nicht nur Gewalt als mögliches Mittel betrachteten, Konflikte zu lösen, sondern auch als ein geeignetes Mittel der Politik.

Bereits ein kurzer Blick auf die Geschichte der französischen Afrikapolitik oder Großbritanniens Entschlossenheit im Falklandkrieg lässt diese Sichtweise fragwürdig erscheinen. Auch die deutsche Öffentlichkeit ließ sich im Fall der NATO-Bombardierung Serbiens durchaus zur Unterstützung eines – im Übrigen formal völkerrechtswidrigen – Militäreinsatzes bewegen. Über 7 000 deutsche Soldaten sind derzeit ständig im Auslandseinsatz. Schließlich werde, so der damalige Verteidigungsminister Peter Struck, „Deutschland am Hindukusch verteidigt".

Eine andere, politisch-kulturelle These geht von einem untergründig stets vorhandenen Antiamerikanismus aus, der sich anlässlich des Irakkriegs Bahn gebrochen habe.[8] Hinzu komme eine Neubewertung der deutschen Vergangenheit. Deutsche würden sich nicht mehr nur als Täter, sondern auch als Opfer – zum Beispiel von Vertreibungen oder von alliierten Flächenbombardements – sehen. Da komme es gelegen, gegenüber dem einstigen Beschützer die moralische Überlegenheit zu beanspruchen.

Zunächst einmal: Was ist und wie misst man Antiamerikanismus? Wenn man bereits einzelne Einstellungen gegenüber diesem oder jenem Attribut des amerikanischen politischen, kulturellen oder sozio-ökonomischen Systems oder gar gegenüber der politischen Führung als Antiamerikanismus definiert, wird man überall Antiamerikanismus erblicken.[9] Von Antiamerikanismus sollte man nur dann sprechen, wenn eine grundsätzliche Tendenz vorliegt, Amerika und „die" Amerikaner unterschiedslos negativ zu beschreiben.[10]

[6] Vgl. Günter Grass, Erklärung zum Irakkrieg, 21. 3. 2003, Radio Bremen, http://www.radiobremen.de/online/grass/reden/unrecht.shtml (18. 12. 2007).
[7] Robert Kagan, Of Paradise and Power: America and Europe in the New World Order, New York 2003.
[8] Vgl. Mary Nolan, Anti-Americanism and Americanization in Germany, in: Politics & Society, 33 (2005) 1, S. 88–122.
[9] Vgl. Andrei Markovits, Amerika, dich hasst sich' s besser, Hamburg 2004.
[10] Vgl. Sergio Fabbrini, Layers of Anti-Americanism: Americanization, American Unilateralism and Anti-Americanism in an European Perspective, in: European Journal of American Culture, 23 (2004) 2, S. 79–94.

Zumindest nach den Ergebnissen der Meinungsforschung vermag die These, dass Antiamerikanismus im Zentrum der deutschen Haltung zum Irakkrieg gestanden habe, nicht zu überzeugen. Richtig ist, dass die Europäer – zumal die Deutschen – der Politik von Präsident Bush ausgesprochen kritisch gegenüber stehen. Diese Kritik hat zweifellos auch zu einem deutlichen Ansehensverlust der USA insgesamt geführt. Dennoch unterscheiden die Deutschen weiterhin zwischen dem Präsidenten und den amerikanischen Bürgern: Nur 30 Prozent schätzen gegenwärtig das Image der Vereinigten Staaten als positiv ein, gleichzeitig beurteilen jedoch 63 Prozent die Amerikaner[11] als positiv. Wenn die überwältigende Mehrheit der Deutschen mit der Außenpolitik Bushs nicht einverstanden ist, muss naturgemäß auch die Zahl derer sinken, die eine weltweite Führungsrolle der USA befürworten. Dennoch ist letztere Zahl weiterhin deutlich höher als erstere.[12]

Nach den Gründen für die verschlechterten Beziehungen gefragt, gaben die Deutschen an, dass dies in erster Linie am Krieg im Irak (37 Prozent) und an der Person des Präsidenten (41 Prozent) liege.[13] 39 Prozent glauben denn auch, dass das Ergebnis der US-Wahlen 2008, bei denen Bush nicht mehr antritt, das transatlantische Verhältnis verbessern werde. Zwar solle die EU nach 87 Prozent der Befragten mehr Verantwortung für den Umgang mit internationalen Bedrohungen übernehmen, aber 58 Prozent der Deutschen geben an, dies solle sie in enger Kooperation mit den USA tun. In der Summe legen die Meinungsumfragen nicht nur nahe, dass sich Deutsche und Amerikaner weiterhin mit Sympathie begegnen und dass sie viele Gemeinsamkeiten haben, sondern, dass sie sich auch im Allgemeinen als vertrauenswürdig einschätzen. Diese positive Einschätzung wiegt umso mehr, als große Länder unter sonst gleichen Umständen als weniger vertrauenswürdig beurteilt werden als kleine.[14]

Es sei keineswegs behauptet, dass es Antiamerikanismus überhaupt nicht (mehr) gibt. In den vergangenen 40 Jahren gaben zirka zehn Prozent der Deutschen, Briten, Franzosen und Italiener an, eine schlechte oder sehr schlechte Meinung von „den" Amerikanern zu haben. Der Anteil schwankt, aber die Fluktuation über die Zeit ist in allen vier Ländern die gleiche. Einen ersten Einbruch gab es 1954, insbesondere in Frankreich im Gefolge der franko-amerikanischen Krise, dann in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre im Gefolge der Suez-Krise. Einen dritten Höhepunkt erlebte der „Antiamerikanismus" zwischen 1971 und 1976 als Konsequenz des Vietnamkriegs und der Währungskrise und schließlich in den frühen 1980er Jahren in Zusammenhang mit der Raketenstationierung. 2003 brachte der zweite Irakkrieg in allen vier Ländern den höchsten Anstieg. Allerdings kommt – wie schon in der Vergangenheit – die grundsätzliche Sympathie der großen Bevölkerungsmehrheit gegenüber den Amerikanern schnell wieder zum Vorschein.[15]

Es sei auch zugestanden, dass Meinungsumfragen nicht die einzige oder beste Methode sind, Stereotypen und Vorurteilen auf die Spur zu kommen. Meinungen sind flüchtig, und Meinungsumfragen können daher nur ein ungenaues Messinstrument für politische Kulturen sein. Doch auch andere Erhebungsmethoden[16] und komplexere Verfahren weisen in die gleiche Richtung. Pierangelo Isernia[17] kann mittels multipler Regressionsanalyse zeigen, dass zwischen 2002 und 2004 die Einstellung der Befragten zum Irakkrieg sehr viel weniger von antiamerikanischen Gefühlen als von Einstellungen gegenüber der Bush-Regierung und von außenpolitischen Einstellungen abhängig war. Die Kritik der europäischen Bürger ist also weniger von einer generellen, gefühlsbetonten Orientierung gegenüber den USA als vielmehr von

[11] Vgl. Pew Global Attitudes Project, 2007, Global Unease With Major World Powers. Rising Environmental Concern in 47-Nation Survey, http://pewglobal.org/reports/pdf/256.pdf; (12. 11. 2007), S. 4.
[12] 38 gegenüber 13 Prozent, http://www.transatlantictrends.org/trends/doc/Toplines5302TTSGPGERMANY_v1.pdf, S. 3 und 56.
[13] Vgl. ebd., S. 52.
[14] Vgl. Jan Delhey/Kenneth Newton, Predicting Cross-National Levels of Social Trust: Global Pattern or Nordic Exceptionalism?, in: European Sociological Review, 21 (2005) 4, S. 311–327.
[15] Vgl. Pierangelo Isernia, Anti-Americanism and European public opinion during the Iraq war, in: Sergio Fabbrini (ed.), The United States Contested. American Unilateralism and European Discontent, London–New York 2006, S. 130–158.
[16] Vgl. auch Janice Bell, The Yin and Yang of U.S. Image: Using Focus Groups to Understand Anti-U.S. Attitudes in Italy, in: Qualitative Social Research, 5 (2004) 2.
[17] Vgl. P. Isernia (Anm. 15), S. 156–151.

der konkreten Einstellung gegenüber einzelnen Politikfeldern bestimmt. Nachhaltiger Antiamerikanismus bleibt eine Einstellung von Minderheiten.

Transatlantisches Wertefundament in Gefahr?

In den Meinungsumfragen und in den anderen Erhebungsmethoden treten aber auch aktuelle Differenzen in den Einstellungen diesseits und jenseits des Atlantiks zu Tage. Sie beziehen sich eher auf die Wahl der Mittel als auf die angestrebten Ziele. So wollen Europäer und Deutsche dem Iran weniger häufig mit Gewalt drohen, sollte er an seinem Atomprogramm festhalten. Generell finden militärische Optionen weniger oft Zustimmung, wie zum Beispiel Kampfeinsätze gegen die Taliban.[18]

Unterschiede zwischen Europa und Amerika im Verständnis nationalstaatlicher Souveränität oder in den Einstellungen gegenüber dem Sozialstaat und der Religion sind nicht neu. Seymour Lipset[19] hat zahlreiche solcher Differenzen zusammengetragen, wobei er die amerikanischen Wertemuster als „besonders" und „einzigartig" ansieht. Darüber müssen wir hier nicht entscheiden – die Frage, ob der europäische Säkularismus oder die amerikanische Religiosität eher in die Zukunft weist, ist mehr denn je strittig. Jedenfalls sind im Durchschnitt Amerikaner eher religiös, optimistisch, patriotisch und individualistisch. Sie plädieren eher für eine Regierung, die sich in sozialen Dingen zurückhält, und sie stimmen eher der Auffassung zu, dass jeder seines eigenen Glückes Schmied ist. Der Anteil der Personen, die einen moralischen Rigorismus vertreten, die also der These zustimmen, man könne unter allen Umständen sagen, was gut ist und was böse, schwankt in Deutschland wie in den USA. Aber immer ist ihr Anteil in den USA beträchtlich höher.[20]

Wie aber sind diese Unterschiede zu deuten? Bildet sich nach dem amerikanischen Glauben an die eigene Ausnahmeerscheinung ein eigenständiges europäisches Wertefundament der Harmonie und der sozialen Verträglichkeit im Kontrast zum amerikanischen Hegemonialkapitalismus heraus?[21] Eine solche europäische Selbstgefälligkeit entbehrt jeder Grundlage. Erinnert sei nur an den demokratisch zweifelhaften Charakter der Europäischen Union, die ihren Bürgern den verfassungsbildenden „Reformvertrag" nicht zur Abstimmung vorlegt und an die Menschenrechtspolitik ihrer Mitgliedsstaaten, die der der Vereinigten Staaten nur wenig „nachsteht". Hingewiesen werden muss auch auf die fundamentalen innereuropäischen Unterschiede. In der Regel sind diese – sei es in der Politik oder in der Wirtschaft – größer als die zwischen der Europäischen Union als Ganzem und den Vereinigten Staaten.[22] Und schließlich übersieht die Gegenüberstellung der USA als nationalistisch und Kontinentaleuropa als post-nationalistisch nicht nur die anhaltende Bedeutsamkeit des Nationalstaats auch in Europa. Sie übersieht auch, dass bedeutsame Teile der amerikanischen Öffentlichkeit eine stärkere EU befürworten und in Europa wiederum die Mehrheit gerade nicht bereit ist, einer EU als militärische Macht die nötigen finanziellen Mittel zu geben.[23]

Oder aber ist das Wort vom atlantischen Wertefundament nur Schall und Rauch, gut allenfalls für politische Sonntagsreden?[24] Egon Bahr führte kürzlich aus, zwischen den USA und Europa gebe es keine gemeinsamen Werte, sondern „nur eine gemeinsame Vorstellung von Demokratie, Pluralismus und Marktwirtschaft".[25] Dieser Unterschied der Werte sei während des Kalten Kriegs vom gemeinsamen Sicherheitsinteresse verdeckt worden. Abgesehen davon, dass sich der Unterschied zwischen gemeinsamen Vorstellungen und gemeinsamen Werten nicht recht erschließen will, spricht doch vieles für eine gemeinsame „Atlantische Zivilisation".[26]

Dafür spricht schon ein Blick auf die Größenverhältnisse der Differenzen. Unterschiede zwischen Wer-

[18] Vgl. James M. McCormick, The War on Terror and Contemporary U.S.-European Relations, in: Politics & Policy, 34 (2006) 2, S. 426–450.

[19] Seymour Martin Lipset, Exceptionalism: A Double-Edged Sword, New York 1996.

[20] Vgl. Wilhelm Haumann/Thomas Petersen, German Public Opinion on the Iraq Conflict: A Passing Crisis with the USA or a Lasting Departure?, in: International Journal of Public Opinion Research, 16 (2004) 3, S. 311–330.

[21] Zu den Vertretern dieser These zählen Jeremy Rifkin, Mark Leonard, Ulrich Beck, aber auch Jürgen Habermas. Vgl. Terence Casey, Of Power and Plenty? Europe, Soft Power, and Genteel Stagnation, in: Comparative European Politics, 4 (2006) 4, S. 399–422; Perry Anderson, Depicting Europe, in: London Review of Books vom 20. 9. 2007.

[22] Vgl. Jens Alber, Das europäische Sozialmodell und die USA, in: Leviathan, 34 (Juni 2006) 2, S. 208–241.

[23] Vgl. Transatlantic Trends 2004, S. 6 f.: http://www.transatlantictrends.org/trends/doc/2004_german_key.pdf

[24] Vgl. Alex Danchev, How Strong are Shared Values in the Transatlantic Relationship?, in: British Journal of Politics and International Relations, 7 (2005) 3, S. 429–436.

[25] Egon Bahr, in: Welt am Sonntag vom 12. August 2007, S. 4.

[26] Hannah Arendt, Über die Revolution, München 2000[4], S. 277.

ten sind nicht absolut, sondern erschließen sich erst im vergleichenden Bezug. Es ist aber offensichtlich, dass die Unterschiede zwischen Europa und den USA im Vergleich zur grundsätzlichen Geisteshaltung Chinas, Russlands oder Saudi-Arabiens eine untergeordnete Rolle spielen.[27] Auch in den Einstellungen der Bürger zum Irakkrieg haben sich keine Risse im transatlantischen Wertefundament gespiegelt.

Eine andere Interpretation scheint daher naheliegender. Zwar ist die Wertegrundlage geteilt, aber über die geteilte Wertegrundlage wird oft übersehen, dass diese Werte unterschiedlich interpretiert werden. Daraus können „strukturierte Missverständnisse"[28] in der wechselseitigen Wahrnehmung und Motivzuschreibung resultieren.

Warum aber ist die Möglichkeit von Missverständnissen und gegenseitiger Falschwahrnehmung im vergangenen Jahrzehnt gestiegen? Auf beiden Seiten gibt es weniger Politiker, die ein tieferes Verständnis für die Traditionen ihrer transatlantischen Amtskollegen haben. Dies lässt sich gut mit dem subjektiven und dem strukturellen Ansatz verbinden. Gewiss kam 2001 eine neue Generation von Diplomaten und Fachleuten mit weniger ausgeprägten europäischen Bindungen in Washington ins Amt und vielleicht vollzieht sich derselbe Prozess in Europa und Deutschland. Zugleich sinkt mit der wechselseitigen Wichtigkeit auch die Anzahl der Lehrstühle und Forschungseinrichtungen, die sich miteinander beschäftigen. Vor allem aber geht die Anzahl der Studierenden in den betreffenden Fächern zurück, da sie weniger hoffen dürfen, mit solcher Expertise Karriere zu machen.

Was ist zu tun?

Angesichts der bisherigen Erfahrungen sind wir der Überzeugung, dass starke transatlantische Bande und eine langfristige, strategische Partnerschaft aus Gründen der globalen Sicherheit, der politischen Stabilität und des wirtschaftlichen Erfolgs erstrebenswert bleiben. Die Sicherung deutsch-amerikanischer Beziehungen im neuen Jahrhundert sollte sich daher auf jenen Bereich der politischen Kultur konzentrieren, der oft übersehen wird, nämlich auf die unterschiedliche Interpretation fundamental ähnlicher Werte. Was kann getan werden, um eine aus solchen Interpretationsunterschieden resultierende langfristige Entfremdung zu vermeiden?

Erstens gilt es, die Unvermeidlichkeit und vielleicht sogar die Erwünschtheit von Differenzen in den politischen Kulturen, gesellschaftlichen Prioritäten und nationalen Interessen anzuerkennen. Europäische Selbstgefälligkeit und amerikanisches Sendungsbewusstsein sind sowohl im wohlverstandenem Eigeninteresse als auch im gemeinsamen Interesse, das Gewicht der westlichen Wertegemeinschaft global zu stärken, kontraproduktiv. Dies umso mehr, als beide Seiten sich mit der konsequenten Umsetzung der von ihnen proklamierten Werte schwer tun.

Zweitens ist es notwendig, zu verstehen, dass diese Unterschiede kein Hindernis für einen beständigen und gegenseitig förderlichen Austausch oder sogar für den Aufbau einer besonderen Beziehung sind, solange eine Atmosphäre von wechselseitigem Vertrauen, Respekt und Toleranz herrscht, in der Gemeinsamkeiten anerkannt werden. Allerdings setzt dieser Ansatz voraus, dass Amerikaner und Europäer und ihre jeweiligen Regierungen einen genaueren Blick auf ihre gemeinsamen humanistisch-universalistischen, normativen Orientierungen und Ziele werfen, welche in ihre politische Kultur eingebettet sind.

Drittens sollte für einen lebhaften transatlantischen Austausch neben den üblichen Wegen der Diplomatie und der Politik auch von zwischenmenschlichen Freundschaften und Interaktionen Gebrauch gemacht werden, die sich in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt haben, und außerdem vom dichten Beziehungsgeflecht und Austausch ziviler Organisationen, die sich von Familien über Hochschulen und Bildung hin zu den Unternehmen, Forschung, Journalismus, Kunst, Sport, Städtepartnerschaften und dem Tourismus erstrecken. Gerade weil die Anzahl derer abnimmt, die zwischen den unterschiedlichen Interpretationen des transatlantischen Wertefundaments vermitteln können, kommt den bürgerschaftlichen Beziehungen gegenüber der großen Politik eine besondere Bedeutung zu. Hier sind auch (Aus-)Bildungsinstitutionen gefragt.[29]

Das gemeinsame transatlantische Wertefundament ist noch nicht in Gefahr. Es bedarf aber der Pflege. In der Vergangenheit geschah dies angesichts der deutsch-amerikanischen Kriegs- und Nachkriegsgeschichte, die ein dichtes transatlantisches Wurzelgeflecht entstehen ließ, quasi naturwüchsig. Doch diese Phase ist zu Ende.

[27] Vgl. Jana Puglierin/Patrick Keller, Jenseits der Werte, Plädoyer für eine interessenorientierte transatlantische Partnerschaft, in: Politische Studien, 56 (2005) 401, S. 36–43; Lazaros Miliopoulos, Atlantische Zivilisation und transatlantisches Verhältnis. Politische Idee und Wirklichkeit, Wiesbaden 2007.

[28] Stephen Kalberg, Structured Misunderstanding: Differences in the American and German Political Cultures, in: Art and Thought/Fikrun Wa Fann, 77 (2003) 2, S. 48–55.

[29] Beispielsweise führt die PH Schwäbisch Gmünd regelmäßig mit ihrer Partnerhochschule in den Vereinigten Staaten, der Grand Valley State University in Michigan, gemeinsame studentische Online-Seminare durch.

Gret Haller

Die Bedeutung von Freiheit und Sicherheit in Europa und in den USA

Wenn man die Begriffe Freiheit und Sicherheit in ihrer unterschiedlichen Bedeutung oder Verankerung im europäischen und im US-amerikanischen Gesellschaftsverständnis vergleichen will, muss vorweg das unterschiedliche Rechtsverständnis diesseits und jenseits des Atlantiks thematisiert werden. Das kontinentaleuropäische Recht geht von Gesetzestexten aus, welche zunächst durch akademische Juristen sowie professionelle Gesetzgeber formuliert und schließlich durch die Parlamente verabschiedet werden. Erst danach werden sie durch Anwälte und Gerichte ausgelegt und angewendet. So unterscheidet man ganz elementar zwischen Rechtssetzung und Rechtsanwendung, und das kontinentaleuropäische Recht bildet eigentlich ein Normensystem. Demgegenüber ist das angloamerikanische Recht ein Resultat der Zusammenarbeit von Anwälten und Richtern im Prozessgeschehen. Dabei geht es vor allem um die praktische Bewältigung konkreter Streitigkeiten. In dieser Rechtstradition wird Recht verstanden als lose geformte Masse von Regeln, Argumenten und Entscheidungen, die als Einzelfallentscheidungen in Erscheinung treten. In letzter Zeit findet im Übrigen eine zunehmende gegenseitige Beeinflussung der beiden Rechtstraditionen statt, man beginnt die Vorteile des jeweils anderen Systems zu entdecken.

Gret Haller
Dr. jur., Dr. rer. publ. h.c., geb. 1947; seit 2007 Lehrbeauftragte am Institut für Kriminalwissenschaften und Rechtsphilosophie der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität und Mitglied der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht des Europarates („Venedig-Kommission"), Senckenberganlage 31, 60054 Frankfurt/M.
Haller@jur.uni-frankfurt.de

Nun gibt es innerhalb des angloamerikanischen Rechtsbereiches eine unterschiedliche Entwicklung des englischen und des US-amerikanischen Rechts. Dabei geht es vor allem um die Mentalitätsunterschiede.[1] Dem europäischen Betrachter, der von einer einigermaßen übersichtlichen Rechtsordnung ausgeht, erscheint das US-Recht als völlig chaotisch, dies auch wegen der föderalistischen Struktur dieses Staates, der oft auch im Bereich des Handelsrechtes von Gliedstaat zu Gliedstaat verschiedene Lösungen trifft. Dies ist keineswegs Zufall, sondern programmiert. Man erwartet vom Recht gar nicht, dass es überall gleich sei, sondern man will bewusst eine Auswahl haben. Veränderbarkeit ist wichtiger als Rechtssicherheit im europäischen Sinne. Die philosophische Denkrichtung des Pragmatismus hat von allem Anfang an die Rechtsentwicklung in den Vereinigten Staaten stark beeinflusst, d. h. man orientiert sich nicht an abstrakt-ethischen Prinzipien, sondern an den konkret-praktischen Wirkungen des Handelns, und danach richten sich auch die richterlichen Urteile.

Auch sind die Instrumentalisierung und die Politisierung des Rechts zu nennen, die bewusst und gewollt sind. Dies soll an einem Beispiel erläutert werden. In Europa werden gefährliche Güter durch Gesetze verboten. In den Vereinigten Staaten geschieht dies viel seltener. Wer Güter auf den Markt bringt, tut jedoch gut daran, sich genau zu informieren, wie gefährlich diese Güter sind, denn er riskiert Schadenersatzklagen, oft in der Form von Sammelklagen, wenn er ein gefährliches Gut vertrieben hat. Erreicht wird mit beiden Systemen dasselbe Ziel, nämlich dass keine gefährlichen Güter auf den Markt kommen

Dieser Beitrag beruht auf einem redigierten Text eines Vortrages, der im Rahmen der Veranstaltung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung zum Thema „Freiheit und Sicherheit. Transformation als gesellschaftliche Herausforderung" im Kardinal-Schulte-Haus in Bensberg gehalten worden ist.

[1] Vgl. zum Folgenden Mathias Reimann, Die Fremdheit des amerikanischen Rechts – Versuch einer historischen Erklärung, in: Knud Krakau/Franz Streng (Hrsg.), Konflikt der Rechtskulturen? Die USA und Deutschland im Vergleich, Heidelberg 2003, S. 28 ff.

sollen. Die Wege, dieses Ziel zu erreichen, sind aber völlig verschieden. Dies ist auch der Grund, weshalb in den Vereinigten Staaten viel höhere Schadenersatzsummen zugesprochen werden. Die so genannten *punitive damages* gehen sogar ganz bewusst weit über den entstandenen Schaden hinaus, denn sie sollen generalpräventiv wirken. Dasselbe erreicht man in Europa durch die Gesetzgebung, also durch einen Akt, der im Bereich der Politik angesiedelt ist. Mit dem Stichwort Politisierung sind nun grundlegendere transatlantische Unterschiede angesprochen, deren historische Wurzeln weit zurück bis ins 17. Jahrhundert gehen.

Mit dem Westfälischen Frieden kam in Europa 1648 ein Jahrhundert blutiger Religionskriege zum Abschluss. Europa hat damals den religiös oder moralisch begründeten Krieg geächtet und die Religion definitiv dem Staat untergeordnet. Gleichzeitig begann die Auswanderung nach Amerika. Die meisten Auswanderer wählten den Weg über den Atlantik aus wirtschaftlicher Not oder aus Abenteuerlust. Die wenigen, die aber eine weltanschauliche Motivation hatten, wollten genau diese neue europäische Rangordnung zwischen Staat und Religion nicht anerkennen. Insbesondere die puritanischen Pilgerväter verstanden ihre religiösen Gemeinschaften als eine öffentliche Ordnungsstruktur, die gar keinen Staat brauchte. Sie gingen von der Idee des auserwählten Volkes Gottes aus und lehnten jede staatliche Einmischung ab. So kam es in Amerika zur strikten Trennung von Kirche und Staat. Diese hatte nie den Sinn, den Staat vor der Religion zu schützen, wie das für Europa gilt. Es geht im Gegenteil darum, die Religion vor dem Staat zu schützen, denn in den Vereinigten Staaten steht die Religion über dem Staat.

Als im ausgehenden 18. Jahrhundert Nationalstaaten geschaffen wurden, entfaltete dieser Unterschied seine Wirkung. Die europäischen Nationen wurden ausnahmslos staatspolitisch begründet. Die US-amerikanische Nation begründet sich hingegen religiös und moralisch. Die religiöse Begründung äußert sich in der Vorstellung vom „auserwählten Volk Gottes" im alttestamentarischen Sinne, die moralische Begründung zeigt sich darin, dass diese Nation das Gute schlechthin verkörpere. Eine andere Begründung der amerikanischen Nation war gar nicht möglich, denn eine staatspolitische Identität im europäischen Sinne gibt es in den Vereinigten Staaten nicht, weil die Rangordnung zwischen Staat und Religion umgekehrt ist.

Diese umgekehrte Rangordnung hat sich auch ausgewirkt auf das Verhältnis zwischen Recht und Moral. In Europa sind Recht und Moral getrennt. Zwar spielen moralische Kategorien in der politischen Auseinandersetzung über die Gesetzgebung eine wichtige Rolle. Ist das Recht aber einmal in Kraft gesetzt, so wird es moralisch neutral. In Europa garantiert die Gewissensfreiheit, dass „gute" und „böse" Menschen rechtlich genau gleich behandelt werden, was immer man sich unter „gut" und „böse" auch vorstellen mag. Alle Menschen werden nur nach ihren Taten beurteilt und nicht nach ihrer Gesinnung. Der Straftäter zum Beispiel ist nicht böse, er ist nur rechtlich strafbar. Die Vereinigten Staaten kennen die Trennung von Recht und Moral im europäisch strikten Sinne nicht. So wird über Sammelklagen praktisch nie rechtlich entschieden, sondern der moralische Druck der Öffentlichkeit zwingt die Beklagten zum Abschluss eines Vergleiches. Straftäter gelten in den Vereinigten Staaten als moralisch verwerflich.

Weil sich die US-amerikanische Nation religiös und moralisch begründet, ist die mangelnde Trennung von Recht und Moral auch für das nationale Selbstverständnis von Bedeutung. Dieser transatlantische Unterschied wird heute vor allem im Völkerrecht sichtbar. Das Völkerrecht wurde in Europa ebenfalls im Westfälischen Frieden 1648 erfunden. Es ist eine zwischenstaatliche rechtliche Ordnung, der sich die Staaten freiwillig unterstellen, womit sie einen teilweisen Souveränitätsverzicht leisten. Seit etwas mehr als einem Jahrzehnt verweigern die Vereinigten Staaten immer systematischer die Teilnahme an völkerrechtlichen Verträgen. Sie bevorzugen die Zusammenarbeit mit befreundeten Staaten von Fall zu Fall, und sie setzen die so genannte „Koalition der Willigen" an die Stelle der völkerrechtlichen Einbindung. Damit tritt aber die Moral an die Stelle des Rechts: Eine weltweite völkerrechtlich Ordnung muss nämlich moralisch neutral sein, damit sie ihr Ziel erreichen kann. Die UNO und die internationalen Vertragswerke müssen möglichst viele Staaten einbinden, ohne zu unterscheiden zwischen „guten" oder „bösen"

Staaten. Die so genannte „Koalition der Willigen“ ist hingegen ein moralisches Konzept, indem die „Willigen“ zu Freunden der USA werden. Die „Willigen“ sind die „Guten“, die „Unwilligen“ werden unterschiedlich benannt, das Spektrum reicht vom Begriff der „getrübten Freundschaft“ bis hin zum so genannten „Schurkenstaat“. All dies sind moralische Begriffe. Das Freund-Feind-Schema, das die Vereinigten Staaten heute zur Anwendung bringen, ist die direkte Gegenposition zu einer weltweiten völkerrechtlichen Einbindung. Die beiden Konzepte schließen sich gegenseitig aus.

Zum Ausdruck kommt das nationale Selbstverständnis vor allem im Begriff des „nationalen Interesses“. Dieses ist nicht zu vergleichen mit dem, was alle europäischen Staaten unter dem selben Begriff überhaupt auch nur verstehen könnten. Wenn mit dem US-amerikanischen „nationalen Interesse“ argumentiert wird, so ist implizit auch immer mitgemeint, dass es sich bei dieser Nation um das auserwählte Volk Gottes handelt. Und es ist mitgemeint, dass diese Nation für das moralisch „Gute“ schlechthin steht. Das US-amerikanische „nationale Interesse“ kann nicht mit europäischen Maßstäben der Moral gemessen werden, denn es stellt selber einen religiös begründeten, moralischen Maßstab dar. Dies ist nur erklärbar durch die umgekehrte Rangfolge von Staat und Religion in den Vereinigten Staaten. Soweit einige Aspekte des Rechtsdenkens in den Vereinigten Staaten sowie der ihnen zugrundeliegenden historischen Entwicklung.[2]

Das europäische Denken dagegen geht von einer Rechtsordnung aus, und dies ist nur deshalb möglich, weil diese Ordnung dem Staat oder irgend einer Form von Staatlichkeit anvertraut werden kann. Wenn hier nicht nur vom Staat, sondern von „Staatlichkeit“ die Rede ist, so soll damit ausgedrückt werden, dass es Staatlichkeit auf ganz verschiedenen Ebenen geben kann, in föderalistisch organisierten Staaten auch im Bereich der Kommunen oder der Gliedstaaten, in Europa aber auch auf der internationalen oder sogar supranationalen Ebene. Die Europäische Union ist das Beispiel einer neuen Form von Staatlichkeit, die nie zu einer Nationalstaatlichkeit werden wird: Europa wird nie eine Nation werden. Und dennoch ist auf dieser Ebene eine Staatlichkeit gleichsam „sui generis“ gegeben, der man eine Rechtsordnung anvertrauen kann. Hat man hingegen ideengeschichtlich keinen Staat zur Verfügung, dem man die Rechtsordnung anvertrauen kann, oder ist die Staatlichkeit so negativ besetzt, dass man ihr das Recht lieber nicht anvertraut, so bleibt gar nichts anderes übrig als jenes Rechtsdenken, das sich in den USA entwickelt hat, und welches sich auch vom britischen diametral unterscheidet. Die Briten haben zur Staatlichkeit ein durchaus positives Verhältnis.

Es kann nicht verwundern, dass all diese transatlantisch so unterschiedlichen ideengeschichtlichen Ausgangspunkte in der Tendenz zu verschiedenen Konzeptionen von Freiheit und Sicherheit führen. Seit dem 11. September 2001 werden diese unterschiedlichen Wahrnehmungen immer deutlicher. In den Vereinigten Staaten sind „Freiheit“ und „Sicherheit“ die beiden zentralen Begriffe, um welche es in der Verfassung überhaupt geht. Nachzulesen ist dies in den „Federalist Papers“, einer Streitschrift, welche gegen Ende des 18. Jahrhunderts von James Madison, Alexander Hamilton und John Jay verfasst worden ist. Die Federalists bildeten damals jene Gruppe, welche eine Verstärkung der Zentralgewalt in den Vereinigten Staaten anstrebten. Sie setzten sich schließlich auch mehr oder weniger durch, und so bildet diese Publikation einen auch heute noch gültigen und sehr instruktiven Kommentar der US-amerikanischen Verfassung, welche aus der amerikanischen Revolution hervorgegangen ist.[3] Die entsprechenden zentralen Begriffe der Französischen Revolution lauten „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“, wobei „Brüderlichkeit“ heute mit „Solidarität“ übersetzt werden kann, was der damaligen Bedeutung am nächsten kommt.

Vergleicht man die Errungenschaften der amerikanischen Revolution mit jenen der

[2] Für eine eingehendere Darstellung vgl. Gret Haller, Die Grenzen der Solidarität. Europa und die USA im Umgang mit Staat, Nation und Religion, Berlin 2002.

[3] Vgl. Alexander Hamilton/James Madison/John Jay, Die Federalist-Artikel, hrsg. von Angela und Willi Paul Adams, Paderborn u. a. 1994, sowie Barbara Zehnpfennig, Die Federalists zwischen Gemeinwohl und Partikularinteresse, in: Herfried Münkler (Hrsg.), Bürgerreligion und Bürgertugend: Debatten über die vorpolitischen Grundlagen politischer Ordnung, Baden-Baden 1996, S. 301.

Französischen Revolution, so stellt man zunächst einmal fest, welche Begriffe fehlen. Der amerikanischen Begrifflichkeit fehlt die Gleichheit und die Solidarität, während der französischen Begrifflichkeit die Sicherheit fehlt. Die historischen Umstände waren völlig verschieden, indem es in Frankreich darum ging, in einer bestehenden Ordnung den König zu entmachten und das Volk beziehungsweise seine Repräsentanten an dessen Stelle zu setzen, während in Amerika nach der Lossagung vom Mutterland eine neue Ordnung geschaffen werden musste, die sich von jener im Mutterland bewusst abheben sollte und dennoch nicht in die Anarchie führen durfte.

Ein ganz entscheidender Unterschied im Freiheitsverständnis ergibt sich aber im Zusammenhang mit den Besitzverhältnissen, und hier tritt zum religiösen Element ein wirtschaftliches hinzu, welches aber in genau die selbe Richtung zielt, so dass sich das religiöse und das wirtschaftliche gegenseitig verstärken. So, wie sich jenseits des Atlantiks die Freiheit *zur* Religion Hand in Hand mit der Freiheit *vom* Staat entwickelt hatte – während in Europa die Freiheit *von* der Religion durch die Freiheit *zum* Staat errungen worden war –, war nun hundert Jahre später jenseits des Atlantiks die Freiheit vom Staat wichtig, um die Freiheit zum Besitz und die Sicherheit des Eigentums zu garantieren. In den „Federalist Papers" wird wiederholt darauf hingewiesen, dass es Hauptaufgabe der Regierung sei, die unterschiedlichen Fähigkeiten zum Eigentumserwerb zu schützen.[4] In diesem Denken haben die Gleichheits- und Solidaritätsvorstellungen der Französischen Revolution keinen Platz. Umgekehrt aber wird nun auch deutlich, inwieweit die Vorstellung der gleichen Würde aller Menschen eben notwendigerweise mit irgend einer Art von Staatlichkeit verknüpft ist. Der europäisch verstandene Staat ist auch Garant der Freiheit, aber die Freiheit, welche ein solcher Staat garantiert, ist immer eine relativ gleiche Freiheit. „Relativ gleich" deshalb, weil es auch in Europa Unterschiede zwischen den Selbstverwirklichungsmöglichkeiten der Individuen gibt. Diese Unterschiede stehen aber in keinem Verhältnis zu den bewusst gewollten gesellschaftlichen Ungleichheiten in den Vereinigten Staaten. Dass schließlich die Sicherheit in der Begrifflichkeit der Französischen Revolution eine kleinere Rolle spielt als in der amerikanischen, erscheint logisch. Der Widerspruch zwischen Freiheit und Sicherheit ist kleiner, wenn die Staatlichkeit positiv apostrophiert und die Freiheit auch mit dem Element einer relativen Gleichheit verbunden ist. Erst wenn – wie in den USA – die Staatlichkeit so negativ besetzt ist, werden Freiheit und Sicherheit zu einem potentiellen Gegensatz: Freiheit kann sich der Einzelne alleine nehmen. Sicherheit kann er hingegen nicht alleine herstellen, dafür braucht es immer ein Minimum an Staatlichkeit.

Der unterschiedliche Freiheitsbegriff führt also auch zu einem unterschiedlichen Sicherheitsbegriff. Wenn Freiheit im europäischen Sinne mit dem Element einer relativen Gleichheit verbunden ist, dann ist auch Sicherheit mit diesem Element der relativen Gleichheit verbunden. Wenn umgekehrt Freiheit im US-amerikanischen Sinne diese Verbindung mit dem Element der relativen Sicherheit nicht eingegangen ist, fehlt dieses Element auch dem Begriff der Sicherheit. Und erst dann entsteht – wie oben erwähnt – in der Tendenz ein Widerspruch zwischen der so verstandenen Freiheit und der so verstandenen Sicherheit. Im Zusammenhang mit der Sicherheit stellt sich immer sofort die Frage, für wen diese Sicherheit geschaffen werden soll. Es kann die Sicherheit für eine einzelne Nation gemeint sein, jene für einen bestimmten Kontinent oder eine weltweit verstandene Sicherheit.

Global treten heute die verschiedenen Freiheitsbegriffe – und damit auch die verschiedenen Sicherheitsbegriffe – immer häufiger in Konkurrenz zueinander. Dabei ist es offen, wie sich die Dinge weiterentwickeln werden. Einige Überlegungen insbesondere zur Rolle der europäisch geprägten Akteure seien im Folgenden genannt. Im Widerstreit der verschiedenen Begriffe sind jene, welche mit einer relativen Gleichheitsvorstellung verbunden bleiben, vielleicht doch nicht ganz chancenlos. Globalisierung hat auch zur Folge, dass immer mehr Bewohner dieses ganzen Planeten ihre Meinung einbringen. Und Dialog fördert ganz generell eine relative Gleichheit, denn schon der Akt des Miteinander-Kommunizierens hebt wenigstens formal alle Diskutanten auf

[4] Vgl. Alexander Hamilton/James Madison/John Jay, Die Federalist papers. Übersetzt, eingeleitet und mit Anmerkungen versehen von Barbara Zehnpfennig, Darmstadt 1993, S. 43.

dieselbe Ebene. Es ist kaum vorstellbar, dass der Freiheits- und Sicherheitsbegriff, wie er aus den „Federalist Papers“ hervorgeht und in den USA nach wie vor nachhaltig wirksam ist, langfristig gesehen eine globale Verwendung finden wird. Zum einen sind diese Begriffe in einer historisch speziellen Situation entstanden, welche sich nicht wiederholt hat und sich in dieser Form auch nicht mehr wiederholen kann. Und zum anderen hat sich die Rolle Europas in der Welt gegenüber damals stark verändert: Wenn Europa glaubwürdig bleiben will, wird es seine Freiheits- und Sicherheitskonzeption – also die mit einer relativen Gleichheit verbundene – auch weltweit einbringen müssen. Europa wird also kaum den Weg beschreiten können, dieser Konzeption nur im Innenverhältnis zu folgen.

Wie sehr sich die Rolle Europas verändert hat, sei durch ein Zitat aus den „Federalist Papers“ belegt, welches übrigens auch ein Beispiel darstellt für den schon vor mehr als zweihundert Jahren angelegten Missionseifer jenseits des Atlantiks: „Unglücklicherweise – für die anderen drei Teile (Afrika, Asien und Amerika) – hat Europa durch Waffen und Verhandlungen, durch Gewalt und Betrug in unterschiedlichem Grad seine Vorherrschaft über sie alle ausgedehnt. Afrika, Asien und Amerika haben nacheinander seine Herrschaft zu spüren bekommen. Seine lange aufrechterhaltene Überlegenheit hat Europa dazu verführt, sich als Herr der Welt aufzuspielen und den Rest der Menschheit als zu seinem Wohl geschaffen zu betrachten. (. . .) Die Fakten haben diese arrogante Anmaßung der Europäer zu lange gestützt. Es ist an uns, die Ehre der menschlichen Rasse zu verteidigen und jenen anmaßenden Bruder Bescheidenheit zu lehren. Die Union wird uns in die Lage versetzen, dies zu tun. Spaltung hingegen wird seinem Triumph einen neuen hinzufügen. Lasst uns mit Verachtung zurückweisen, ein Werkzeug europäischer Größe zu sein! Lasst die dreizehn Staaten, zusammengefügt in einer festen und unauflösbaren Union, im Aufbau eines einzigen großen amerikanischen Systems zusammenwirken, das keiner Beherrschung durch die Macht oder den Einfluss transatlantischer Kräfte mehr unterliegt und dazu in der Lage ist, die Bedingungen zu diktieren, unter denen sich alte und neue Welt verbinden! Publius (Hamilton).“[5]

Dieser Text ist zweihundert Jahre alt. Es kann behauptet werden, dass die Wünsche von Alexander Hamilton in Erfüllung gegangen sind, allerdings nicht ganz in dem vor zweihundert Jahren gedachten Sinne. Es fand gleichsam ein Rollentausch statt, indem heute in vielen Teilen der Welt den Vereinigten Staaten gegenüber die selben Gefühle wachsen, welche Hamilton damals Europa gegenüber formuliert hat. Wichtiger für den weltweiten Umgang mit Freiheit und Sicherheit sind aber die Veränderung, welche Europa in dieser Zeitspanne durchgemacht hat. Die „Federalist Papers“ wurden vor der Französischen Revolution verfasst. Und der Verlauf dieser Revolution – ungleich vielschichtiger, komplizierter und blutiger als jener der amerikanischen – konnte nicht vorausgeahnt werden. Sehr vereinfacht betrachtet unterscheiden sich die beiden Revolutionen dadurch, dass in Frankreich die soziale Frage einbezogen wurde, während in Amerika die unterschiedlichen Besitz- und Einflussverhältnisse bewusst nicht angetastet werden sollten, sondern als solche festgeschrieben wurden.[6]

Dass und inwiefern dieser Unterschied sowohl auf religiöse als auch auf ökonomische Gründe zurückgehen, wurde bereits erwähnt. Der Einbezug oder Nicht-Einbezug des Elementes einer relativen Gleichheit in die Begrifflichkeit sowohl der Freiheit als auch der Sicherheit sind der augenscheinlichste transatlantische Unterschied, zu dem der unterschiedliche Verlauf der beiden Revolutionen geführt hat.

Im Kalten Krieg bedienten sich die Vereinigten Staaten notwendigerweise verschiedener europäisch geprägter Verteidigungsmethoden, so insbesondere der völkerrechtlichen Einbindung des militärisch bedrohlichen Gegners, der auch die eigene Einbindung verlangt. Dies hatte wenigstens im Außenverhältnis die Ausrichtung auf eine europäischere Begrifflichkeit von Freiheit und Sicherheit zur Folge, welche erst mit der Implosion der Sowjetunion weggefallen ist. Die so deutliche Erfahrbarkeit der transatlantischen Unterschiede ist also relativ neu, so

[5] Ebd., S. 106.

[6] Hannah Arendt weist darauf hin, dass nur die amerikanische und die ungarische Revolution die soziale Frage ausgeklammert hätten. Dies., Über die Revolution, München 1974, S. 142.

dass sich das Bewusstsein darüber, dass die Wurzeln dieser Unterschiede zeitlich so weit zurückreichen, erst langsam ausbreitet. Während des Kalten Krieges hatten Europäerinnen und Europäer keinen Anlass, sich mit transatlantischen Unterschieden auseinanderzusetzen, und sie hätten sich verständlicherweise gehütet, derartige Überlegungen auch nur anzustellen. Heute ist dies jedoch unabdingbar geworden.

Abschließend soll noch auf zwei Problemkreise hingewiesen werden, die sich aus dieser Ausgangslage ergeben. *Zum einen* stellt sich die Frage, wie unter diesen Umständen der transatlantische Dialog weitergeführt werden kann. Dieser Dialog ist schon deshalb unerlässlich, weil in vielen Bereichen der internationalen Zusammenarbeit die Interessen der Vereinigten Staaten mit jenen Europas weitgehend identisch sind. Aber auch in jenen Bereichen, in welchen sie offensichtlich nicht oder nicht mehr ganz identisch sind – wie zum Beispiel im Bemühen um eine Stärkung des Völkerrechts –, erscheint es als umso wichtiger, miteinander im Gespräch zu bleiben, denn die europäischen Staaten werden alles daransetzen, die Partner jenseits des Atlantiks wieder vermehrt in eine weltweite Zusammenarbeit einzubinden.

Nun kann man die Randbedingungen unterschiedlich bewerten, welche diesen Dialog erschweren oder erleichtern könnten. Sicher erscheint es zunächst als eine zusätzliche Schwierigkeit, wenn sich die europäische Seite bewusst wird, wie unterschiedlich die Ausgangspunkte sind, und dies aufgrund einer jahrhundertelang verschiedenen ideengeschichtlichen Entwicklung, welche man während des Kalten Krieges aus verständlichen Gründen nicht hat wahrnehmen können. Wollte man jedoch umgekehrt die Unterschiede, die in den vergangenen Jahren so deutlich zu Tage treten, einfach ignorieren und sich so verhalten, als ob der Westen dies- und jenseits des Atlantiks eine absolut identische Wertegemeinschaft darstellen würde, so wäre dies für die Weiterführung des Dialogs mit den Vereinigten Staaten noch viel gefährlicher. Die unterschiedlichen Ausgangspunkte betreffen so zentrale Fragen im Bereich der Wertskalen, dass Illusionen in diesem Bereich den Dialog grundlegend gefährden, wenn nicht über kurz oder lang sogar unmöglich machen würden.

Zum anderen wird gelegentlich auf Umfragen verwiesen, nach denen – auch in Europa – die Sicherheit vielen Menschen zur Zeit viel wichtiger sei als die Freiheit, dass sie mit anderen Worten eine Freiheitseinschränkung um den Preis der Sicherheit in Kauf nehmen würden. Hier ist Vorsicht geboten. Es muss zunächst geklärt werden, welche Freiheit gemeint ist, und an welche Sicherheit dementsprechend gedacht wird. Ist der Freiheitsbegriff nach europäischem Muster mit der Vorstellung einer relativen Gleichheit verbunden, verbindet sich auch der Sicherheitsbegriff mit der Vorstellung einer relativen Gleichheit, und vor allem bilden die beiden Begriffe nicht mehr in der Weise einen Gegensatz, wie sie es tun würden, wenn die Vorstellung einer relativen Gleichheit fehlt. Werden in einer Fragestellung die beiden Begriffe in einem diametralen Gegensatz oder gar als unvereinbar präsentiert, so kommt darin leicht ein Muster zum Ausdruck, welches aus den dargelegten Gründen viel mehr ein US-amerikanisches als ein europäisches Grundwertverständnis zum Ausdruck bringt. Im Zusammenhang mit den Begriffen Freiheit und Sicherheit liegen die Dinge etwas komplizierter, als man zunächst annehmen möchte.

Volker Berghahn

Ludwig Erhard und die Amerikanisierung der westdeutschen Industrie

Im Jahre 1902 veröffentlichte der britische Journalist William T. Stead ein Buch mit dem Titel *The Americanization of the World or the Trend of the Twentieth Century*, das seinerzeit viel Aufsehen erregte. Fast gleichzeitig erschien in der „New York Times" ein Artikel über die Hamburg-Amerika-Linie, in dem es hieß, dass Albert Ballins weltbekanntes Schifffahrtsunternehmen sich gegen eine „*Americanization*" schützen wolle.[1]

Volker Berghahn
Dr. phil., geb. 1938; Seth Low Professor of History an der Columbia University, Department of History, New York City, NY 10027, USA.
vrb7@columbia.edu

Hundert Jahre später ist die Debatte, die damals über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt begann und die in der Zwischenkriegszeit sowie nach 1945 in Europa, aber auch in anderen Teilen der Welt lebhaft fortgeführt wurde, weiterhin im Gange. Und wie vor 1914 gibt es bis heute Stimmen, die amerikanische Einflüsse auf die deutsche Gesellschaft strikt ablehnen, und andere, die sie begrüßen und aktiv unterstützen.

Aus Platzgründen können in diesem Beitrag lediglich die Entwicklungen in der Wirtschaft analysiert werden. Dies scheint gerade auch deshalb nützlich, weil die deutschen Wirtschaftswissenschaften selbst vor allem für die Nachkriegszeit immer wieder die größten Schwierigkeiten haben, die Präsenz der westlichen Hegemonialmacht USA in ihre Forschungen zu integrieren. Entweder dominiert eine reine Innensicht, und die Frage der „Amerikanisierung" kommt nicht einmal als Stichwort im Index vor; oder aber es werden die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen zu einem „Kulturkampf" stilisiert oder mit Konvergenztheorien planiert.[2]

Unter diesen Umständen herrscht auch über die Einstellung Ludwig Erhards zum amerikanischen Wirtschaftssystem Unklarheit. War seine Konzeption – wie er es angesichts der damaligen Kritik an seiner Politik einmal ironisierend formulierte – ein „amerikanisches Pflänzchen, das er nach Deutschland bringen wolle" oder in erster Linie ein sehr deutsches Gewächs, das in der ordoliberalen „Freiburger Schule" seine Wurzeln hatte – wie es in zahllosen Stellungnahmen von Politikern und Unternehmern bis heute zu hören und in diversen volkswirtschaftlichen Textbüchern nachzulesen ist?[3]

Es wird sich zeigen, dass es zumindest viele Affinitäten zwischen Erhards Vorstellungen über die Organisation einer modernen Industriewirtschaft und denen der Amerikaner gab. Wie weit diese Affinitäten durch nachweislich amerikanische Einflüsse entstanden, ist die Frage, die hier angeschnitten wird, weil sich eine genauere Durchleuchtung lohnen dürfte. Allerdings kann ich mich hier nur auf zwei Aspekte konzentrieren, die für eine Beurteilung meiner Fragestellung gleichwohl fundamental sind: die Ordnung von Produktion und Markt sowie die Rolle der Konsumenten.

Produktionssphäre und Marktorganisation

Betrachtet man den deutschen und amerikanischen Kapitalismus unter dem Blickwinkel der Marktorganisation, so wird deutlich, dass sich die beiden Systeme Ende des 19. Jahrhunderts in sehr verschiedene Richtungen be-

[1] Vgl. New York Times vom 12. 11. 1901.
[2] Vgl. Rolf Walter, Wirtschaftsgeschichte, Köln 2003; Michael von Prollius, Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945, Göttingen 2006 (mit starker Betonung des Freiburger Ordoliberalismus); Werner Abelshauser, Kulturkampf, Berlin 2003; Barry Eichengreen, The European Economy since 1945, Princeton 2007 (mit Betonung der Konvergenzen).
[3] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. 11. 1953.

wegten. Mit der Ratifizierung des *Sherman Act* verankerte der US-Kongress 1890 per Gesetz das Wettbewerbsprinzip in den USA. Die Errichtung von Monopolstellungen am Markt, aber auch von Kartellen (d. h. von wettbewerbsbeschränkenden, horizontalen Vereinbarungen zwischen unabhängigen Unternehmen über Produktionsquoten, Preise, Konditionen etc.) sowie von Syndikaten (d. h. kollektiven Verkaufsorganisationen) wurde verboten und kriminalisiert, auch wenn in späteren Zusatzgesetzen gewisse Ausnahmen erlaubt wurden. Zwar gingen die Konzentrationsbewegungen des späten 19. Jahrhunderts in Amerika weiter, doch blieb der Markt oligopolistisch organisiert, wobei auch den mittelständischen Unternehmen genügend Raum zum eigenen Erfolg am Markt blieb.[4]

Im deutschen Kaiserreich entwickelte man sich zur gleichen Zeit in die entgegengesetzte Richtung, nämlich zum Bau von protektionistischen Kartellen und Syndikaten, und als das Reichsgericht 1897 diese für zulässige und sogar einklagbare Vereinbarungen erklärte, stieg ihre Zahl weiter an. Die Wettbewerbsidee, wie sie sich in Amerika entwickelte, hatte unter deutschen Unternehmern auf dem Binnenmarkt immer weniger Anhänger.[5] Das änderte sich auch nach 1918 nicht. Zu Beginn der 1930er Jahre war Deutschland eines der am höchsten kartellisierten Länder der Welt. Dem folgte dann im Dritten Reich die sowohl vom Hitlerregime als auch von der Unternehmerschaft erstrebte Totalkartellisierung.

Genau diese Entwicklung hatten die Amerikaner schon vor dem Zweiten Weltkrieg scharf beobachtet. Aus ihrer Sicht war in einem System, in dem der wirtschaftliche Wettbewerb weitgehend abgeschafft war, auch der politische Wettbewerb unter den Parteien und die Demokratie überhaupt gefährdet. Dementsprechend war für sie die Totalkartellisierung der deutschen Wirtschaft das logische Komplement zur Errichtung der NS-Diktatur. Es gab jetzt weder einen politischen noch und einen wirtschaftlichen Wettbewerb.

Seit ihrem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg verfolgten die USA daher zwei interdependente Friedensziele gegenüber den Achsenmächten Deutschland, Japan und Italien: *erstens* die Zerschlagung der Diktatur und die Wiederherstellung demokratisch organisierter politischer Systeme; *zweitens* die damit konzeptionell untrennbar verknüpfte Wiedererrichtung einer liberal-kapitalistischen Wettbewerbswirtschaft, in der Kartelle und Syndikate per Gesetz verboten waren. Die Wirtschaft sollte entsprechend nicht nur wiederaufgebaut, sondern auch *umgebaut* werden.[6]

Doch ging es nicht nur um den Umbau von Strukturen und Institutionen, sondern auch um eine Veränderung unternehmerischer Mentalitäten. Mit der „Umerziehung“ der Deutschen zur politischen Demokratie ging eine „Umerziehung“ der Wirtschaftseliten einher, die aus ihrem Kartelldenken heraus in den oligopolistisch organisierten marktwirtschaftlichen Wettbewerb gedrängt werden sollten.

Ludwig Erhard hat sich nicht nur schon früh ganz allgemein auf eine Anerkennung der USA als der westlichen Hegemonialmacht eingestellt, auf deren Hilfe er bei einem erfolgreichen materiellen Wiederaufbau angewiesen war, sondern auch deren Entschlossenheit erkannt, der deutschen Kartellwirtschaft auf immer ein Ende zu bereiten. Die Frage, die einer näheren Untersuchung bedarf, ist, ob er sich an das amerikanische Denken anpasste oder ob er unabhängig davon schon vor 1945 zu ähnlichen Erkenntnissen über Produktion und Markt gekommen war. Fest steht, dass er nach 1945 mit diesem Denken übereinstimmte und seine Amerikareisen ihn darin bestärkten.

Nun war die Amerikanisierungsdebatte schon in der Zwischenkriegszeit in Gang gekommen, wobei wir wissen, dass Wilhelm Vershofen, Erhards Chef am Nürnberger „Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigwaren“, amerikanischen Methoden und Strukturen ablehnend gegenüberstand und kartellfreundlich war. Wir wissen auch, dass Erhard in Marktordnungs- und anderen Fragen nicht die Meinung von Versho-

[4] Vgl. R.F. Himmelberg (Hrsg.), The Rise of Big Business and the Beginnings of Antitrust and Railroad Regulation, 1870–1900, Bd. 1, New York 1994.
[5] Vgl. Volker Hentschel, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im wilhelminischen Deutschland, Stuttgart 1978.
[6] Vgl. Volker Berghahn, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1985.

fen teilte und dessen Institut im Kriege verließ.[7]

Mit Hilfe seines Schwagers Karl Guth, dem Geschäftsführer der mächtigen „Reichsgruppe Industrie“, sowie einigen dazu gehörigen Großindustriellen, darunter auch der Zigarettenfabrikant Philipp Reemtsma, gelang es ihm, das „Institut für Industrieforschung“ zu gründen, in dem er sich gegen Kriegsende noch stärker als zuvor gegen Kartelle und für den Wettbewerb einsetzte. Signifikant ist hierbei nicht nur, dass er mit der Großindustrie zusammenarbeitete und in diesem Zusammenhang 1943/44 seine umfangreiche Denkschrift über *Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung* für die Nachkriegszeit verfasste, sondern dass er zur Sicherung des Wettbewerbs dem Staat auch eine aktive Rolle zusprach. Die Regierung und der Gesetzgeber – so Erhard – hatten die Aufgabe, der Wirtschaft einen klaren rechtlichen Rahmen zu setzen, innerhalb dessen der Wettbewerb stattfand und in dem für Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen kein Platz war.

Mit dieser Konzeption, die heute den Kern der bundesrepublikanischen Wirtschaftsverfassung ausmacht, stand Erhard der amerikanischen Sherman-Tradition eindeutig näher als der „Freiburger Schule“. Letztere trat nach 1945 zwar auch für den Leistungswettbewerb ein. Doch vertraten die Freiburger zugleich die Konzeption eines ausgesprochen mittelständischen, dezentralisierten Kapitalismus. Dementsprechend befürworteten sie eine weitaus radikalere Entflechtung von Großunternehmen und eine Stärkung des Mittelstandes mit Formulierungen für ein Kartellgesetz, die eine oligopolistische Rekonzentration verhindert hätten.[8]

Soweit wir wissen, kannte Erhard neben der amerikanischen Antikartelltradition auch deren Pläne zur Wiederherstellung der *Open Door* und des multilateralen Welthandels. Es war ein Internationalismus, den er im Prinzip ebenfalls schon vor 1945 vertreten hatte. Gleiches galt für seine Auffassung von der Interdependenz von freier Marktwirtschaft und politischer Demokratie, ebenso wie er auch einen logischen Zusammenhang von Staatswirtschaft und politischer Diktatur sah.[9]

Ob zufällig oder aufgrund von Osmose, auf jeden Fall fiel seine Konzeption nach 1945 mit der der Amerikaner zusammen: Beide wollten keine radikale Entflechtung, sondern nur ein Aufbrechen der Kartelle und der De-facto-Monopole (z. B. Vereinigte Stahlwerke und I.G. Farben) in größere Einheiten, die dann nicht nur auf dem Binnenmarkt in den (oligopolistischen) Wettbewerb treten würden, sondern die auch auf dem Weltmarkt gegen die ausländischen Konzerne, voran die amerikanischen, bestehen konnten. Deshalb ist die damalige Kartellverbotspolitik von der Entflechtungspolitik strikt zu trennen. Die erstere war absolut, die zweite begrenzt mit dem Ziel, den Wettbewerb nach amerikanischem Vorbild zu fördern.

Bei den Amerikanern kam noch eine weitere Überlegung hinzu. Sie wollten die deutsche Industrie mit ihren größeren Konzerneinheiten zum Motor des Wiederaufbaus im gesamten Westeuropa machen und mit ihrer gegen Kartelle gerichteten industriellen Umbaupolitik auch Länder wie Frankreich oder Belgien, in denen die Kartelltradition sich in der Zwischenkriegszeit ebenfalls etabliert hatte, gewissermaßen auf dem Umwege über Deutschland in den Wettbewerb drängen. Deshalb unterstützen sie Jean Monnet bei der Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, deren Modernisierungseffekte sie erkannten, bestanden zugleich aber darauf, dass der Montanvertrag eine Antikartellklausel enthielt.[10]

Erst vor diesem größeren Hintergrund wird verständlich, warum der *Sherman Act*, der seit 1890 den Kern der amerikanischen Wirtschaftsverfassung darstellte, den Westdeutschen und den Europäern als Vorbild präsentiert wurde und warum Erhard im Zuge eines westdeutschen Kartell(verbots)gesetzes letzteres ganz konsequent als das „unentbehrliche *wirtschaftliche Grundgesetz*“ der Bundesrepublik bezeichnet hat, während die Gegner dieses Gesetzes, voran die „Kar-

[7] Vgl. Alfred C. Mierzejewski, Ludwig Erhard, München 2005, Kap. 1, auch für das Folgende.

[8] Vgl. James van Hook, Rebuilding Germany, Cambridge 2004, S. 242 ff.

[9] Vgl. Reinhard Neebe, Weichenstellung in die Globalisierung, Köln 2004.

[10] Vgl. John Gillingham, Coal, Steel, and the Rebirth of Europe, 1945–1955, Cambridge 1991.

tellisten“ in der Ruhrschwerindustrie, von denen die meisten nach 1945 in ihren alten Machtpositionen verblieben waren, es für ein amerikanisches Gewächs hielten.[11] Es ist für die tiefe Verwurzelung der deutschen Kartelltradition bezeichnend, dass Erhard bei der Durchsetzung dieses „Grundgesetzes“ von einflussreichen Unternehmerkreisen heftig bekämpft wurde und das „Wettbewerbssicherungsgesetz“ erst mit siebenjähriger Verzögerung 1957 endlich ratifiziert werden konnte.[12]

Ging es bei der oft erhitzten Diskussion um den *strukturellen* Umbau der westdeutschen Wirtschaft und ein Hinausdrängen aus dem Kartellismus in den (oligopolistischen) Wettbewerb, so erkannten Erhard und die Amerikaner auch, wie tief bestimmte antiamerikanische Mentalitäten vor allem in der zunächst noch tonangebenden Schwerindustrie verwurzelt waren. Dies ist der Kontext der so genannten *Productivity Councils*. Aus Mitteln des Marshallplans (*European Recovery Program*/ERP) finanziert und von Paul Hoffman, dem ERP-Administrator und früheren Präsidenten der Studebaker Corp. (Automobile), gefördert, ermöglichte man europäischen Unternehmern und Gewerkschaftern Studienreisen nach Nordamerika, wo sie sich in den großen Industriezentren von Pennsylvania, Ohio und Michigan über moderne Produktions- und Managementmethoden, über Arbeitsbeziehungen und Lebensstandards informierten. Die Hoffnung war, dass die Besucher über ihre Eindrücke und Erfahrungen in den eigenen Unternehmen berichten und an eine Adaption denken würden – wohlgemerkt nicht als direkte Kopie, sondern als eine auf die einheimischen Zustände zugeschnittene neue Praxis.[13]

Letztlich stand den Amerikanern dabei eine von Henry Ford inspirierte moderne Industriegesellschaft vor Augen, in der Erhard, der seit langem der Konsumgüterindustrie nahe stand, sich angesichts seines Studiums des amerikanischen Industriesystems in seiner Idee einer oligopolistisch organisierten und auf den offenen Weltmarkt orientierten Wettbewerbswirtschaft bestärkt fühlte.[14]

Der Übergang zum fordistischen Konsumkapitalismus

Die Idee einer rationalisierten Massenproduktion hatte sich vor 1914 vor allem in den USA verbreitet. Ansätze dazu gab es gewiss auch in Europa; aber es ist bezeichnend, dass deutsche Unternehmer schon damals nach Amerika reisten, um sich die dortigen Industrieunternehmen und ihre Produktionsmethoden anzusehen, nicht umgekehrt. Dabei interessierten sie sich oft auch besonders für die Rezepte, die die Scientific-Management-Bewegung entwickelt hatte.

Mehr noch: Beim Besuch der Ford Motor Company waren die Amerikareisenden außer von den kilometerlangen Fließbandanlagen auch von einer Idee Henry Fords beeindruckt, die frappierend einfach war: Die durch Rationalisierung und den Übergang zur Massenproduktion zu erwartenden höheren Gewinne sollten nicht allein in die Taschen der Eigentümer und Aktionäre fließen; vielmehr sollten sie durch Preissenkungen auch dem Konsumenten zugutekommen. Fords Kalkulation war, dass die verbilligte Massenproduktion auch bis dahin teure, langlebige Konsumgüter – in seinem Falle: Automobile – für einen wachsenden Kreis von Durchschnittsbürgern erschwinglich machen würde. Der Konsum würde so nicht nur durch verbesserte Löhne (und das Kartellverbot), sondern auch durch neue Verbraucherkreise stark angekurbelt: Massenkonsumkapitalismus als Ergänzung und Verstärkung des im 19. Jahrhundert entstandenen Produktionskapitalismus.[15]

Schon in der Weimarer Republik gab es deutsche Unternehmer, die dieses Rezept zu praktizieren suchten, ähnlich wie Ford es mit dem Bau von Produktionsstätten in Köln oder General Motors mit dem Einstieg bei Opel in Rüsselsheim taten. Infolge des nach dem Zweiten Weltkrieg erhöhten „Amerikanisierungsdrucks“ (Werner Bührer) fanden fordistische Massenproduktions- und Massenkonsumkonzepte nach 1945 auch in der

[11] Ludwig Erhard, Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957, S. 9.
[12] Vgl. R. Robert, Konzentrationspolitik in der Bundesrepublik, Berlin 1976; Volker Berghahn/Paul Joachim Friedrich, Otto A Friedrich. Ein politischer Unternehmer, Frankfurt/M. 1993.
[13] Vgl. Matthias Kipping/Ove Bjarnar (eds.), The Americanisation of European Business, London 1998.
[14] Vgl. R. Neebe (Anm. 9).
[15] Vgl. Mary Nolan, Visions of Modernity, Oxford 1994.

Bundesrepublik eine breitere Akzeptanz. Für Erhard war dies schon seit seiner Tätigkeit in der Konsumforschung vor 1945 das Konzept der Zukunft. Ihm lag die Schaffung eines „Wohlstand[s] für alle" – wie er ihn auf seinen Amerikareisen gesehen hatte – nicht nur für den westdeutschen Wiederaufstieg am Herzen; vielmehr rechnete er auch damit, dass eine materiell stetig besser gestellte Bevölkerung die politische Stabilisierung unterstützen würde, derer das Land nach Diktatur und Krieg dringend bedurfte.

Wie ist all dies nun mit seiner *sozialen* Marktwirtschaft in Einklang zu bringen? Erhard war sich bewusst, dass sich Westdeutschland in einer besonderen Situation befand. Der Zweite Weltkrieg hatte Millionen von Witwen, Waisen und Kriegsversehrten hinterlassen. Hinzu kamen etwa elf Millionen Flüchtlinge und Vertriebene. Sie konnten nach der Währungsreform von 1948 nicht einfach den eisigen Winden eines wiedererstehenden Wettbewerbskapitalismus ausgesetzt werden. Für sie musste auch aus den schon genannten politischen Stabilitätsgründen ein soziales Netz geknüpft werden, das sie in ihrer damaligen Not auffing und ihnen ein menschenwürdiges Leben bot.

Mochte das deutsche System der sozialen Absicherung gegen Krankheit, Unfall und Alter auch seine Wurzeln im Kaiserreich haben, der Druck, dieses System zu erweitern und zu finanzieren, war nach dem Zweiten Weltkrieg noch stärker als nach dem Ersten mit seiner damaligen Verarmung. Erhard verstand seine Marktwirtschaft nie im Sinne des heute gängigen Neoliberalismus, der „dem Markt" alles überlassen will und für den systematischen Abbau des Sozialnetzes steht.

Für ihn war dieses Netz für die durch den Krieg so schwer geschädigten Schichten in Form der diversen Sozialgesetze und Lastenausgleichsmaßnahmen ein fester Bestandteil seines marktwirtschaftlichen Konzepts. Das galt auch für den ebenfalls noch schutzbedürftigen mittelständischen Einzelhandel, den er nicht sofort einer Aufhebung der Preisbindung und damit dem freien Wettbewerb aussetzen wollte.[16]

Bedurfte es daher bei Erhard im Sozialen keiner besonderen Anstöße durch die USA, so sollten die Affinitäten gleichwohl nicht übersehen werden. Auch die Amerikaner einschließlich der Mehrheit ihrer Volkswirte waren damals keineswegs Anhänger Milton Friedmans und der „Chicago School", deren Stunde erst in den 1980er Jahren schlug. Unter den Eindruck der Depression der 1930er Jahre waren auch sie mit dem Rooseveltschen *New Deal* dazu übergegangen, ein sozialstaatliches Auffangnetz zu befürworten. Zwar waren die radikalen *New Dealers* schon im Kriege zurückgedrängt worden; doch blieben die Grundfesten des Systems der 1930er Jahre auch nach 1945 bestehen.[17]

Es ist bekannt, dass Erhard trotz seiner festen Überzeugungen weder in der Leitung eines großen Ministeriums noch in seiner Wirtschaftspolitik ein besonders systematischer Mensch war. Das hieß aber nicht, dass seine soziale Marktwirtschaft keine der amerikanischen Wirtschaftspolitik und -theorie ähnlichen Steuerungselemente enthielt. Der Grundansatz war nicht im heutigen Sinne „friedmanistisch", sondern eher keynesianisch, ehe Karl Schiller ihn 1966/1967 systematischer praktizierte.[18]

So sind das westdeutsche „Wirtschaftswunder" und Erhards soziale Marktwirtschaft eher ohne die Freiburger Schule als ohne die Amerikaner zu verstehen, die direkt als Besatzungsmacht oder indirekt als Hegemon beim westdeutschen Wiederaufbau strukturell und geistig dauernd präsent waren und diesen ausdrücklich mitgestalteten. Das gilt auch für den Bereich des Firmenmanagements und vieler anderer Praktiken, die sich seit den 1950er Jahren trotz mancherlei Widerstands seitens konservativer Unternehmer langsam durchsetzen. Letztlich kam es daher zu einer Vermischung von deutschen und amerikanischen Elementen, die sich auch an dem frappierenden Wandel der Geschäftssprache ablesen lässt.

Lediglich bei den Arbeitsbeziehungen waren die Versuche einer „Amerikanisierung" wenig erfolgreich. Hier bemühten sich

[16] Vgl. Axel Schildt, Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90, München 2007, S. 1 ff.

[17] Vgl. Robert M. Collins, The Business Response to Keynes, 1929–1964, New York 1984.

[18] Vgl. Alexander Nützenadel, Stunde der Ökonomen, Göttingen 2005.

vor allem die amerikanischen Gewerkschaften mit ihren in die Bundesrepublik entsandten Vertretern in den 1950er Jahren um eine Anpassung der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung an deren Praktiken. Sie kamen nicht weit, und vor allem in der Mitbestimmung ging der DGB in eine andere Richtung, die an Traditionen aus der Weimarer Republik anknüpfte.[19]

Indessen wäre es verfehlt, anhand dieses Beispiels die amerikanische Rolle beim Umbau und beim Einstellungswandel der westdeutschen Unternehmerschaft herunterzuspielen. Auch sollte man Erhards soziale Marktwirtschaft nicht lediglich aus dem Innern der deutschen Nachkriegsgesellschaft heraus erklären. Die Frage, ob es sich beim Vergleich seiner Vorstellungen von Marktorgansation und fordistischem Konsumkapitalismus nicht lediglich um zufällige Konkordanzen handelte, bleibt eine auch weiterhin zu diskutierende Frage. Das gilt auch angesichts der heutigen erneuten Amerikakritik. In der Tat gibt es viele Anzeichen, dass die Deutschen vor einer „Amerikanisierungsfalle“ stehen.[20] Es geht darum, wie weit die „Amerikanisierung“, die für alle sichtbar nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in Gesellschaft und Kultur stattgefunden hat, getrieben werden soll.

Das ist eine Frage, die sich auch frühere Generationen schon gestellt haben. Und doch ist die Präsenz Amerikas im wirtschaftlichen und täglichen Leben seit 1945 stärker geworden, auch nach 1989/90. Zwar gibt es seit dem Kollaps des Sowjetblocks das Schlagwort von der Globalisierung, der seitdem alle Gesellschaften ausgesetzt seien. Doch scheint es, dass es sich hierbei bis vor kurzem immer noch um eine (verdeckte) Amerikanisierung Deutschlands und der Welt gehandelt hat, die William Stead 1902 vorhersah.

Dennoch gibt es mancherlei Anzeichen dafür, dass die „Hypermacht“ USA überall an Macht und Einfluss verliert. In der Außenpolitik ist dies am deutlichsten. Washingtons neokonservativer Unilateralismus hat zu einem „*imperial overstretch*“ (Paul M. Kennedy) geführt. Wir bewegen uns wieder auf ein multipolares internationales System zu, in dem auch die Amerikaner auf Partner und Kompromisse angewiesen sind.

Weniger klar greifbar sind die Probleme im Innern des Landes, nicht zuletzt, weil vielen Durchschnittsbürgern ein geschärftes Bewusstsein für sie bisher fehlt. Da ist man in der Bundesrepublik weiter. Nicht nur die öffentliche und private Verschuldung der USA sind auf Dauer untragbar, sondern auch die Tatsache, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet. Hinzu kommt die Krise in der Krankenversorgung mit etwa 46 Millionen Unversicherten und weiteren Millionen Unterversicherten.

Es ist jetzt schon klar, dass die staatliche Rentenversicherung in einigen Jahren ihren Verpflichtungen nicht mehr wird nachkommen können. In der lange vernachlässigten Infrastruktur (Straßen, Brücken, Massenverkehrsmittel etc.) sind Milliardeninvestitionen erforderlich, um nur den gegenwärtigen Stand zu erhalten. Kurzum, es scheint, dass das amerikanische Modell neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik ähnlich wie die Außenpolitik an ihre Grenzen stösst und auch in den USA das Begehen neuer Wege unvermeidlich wird.

Für Deutschland bedeutet dies, dass der Hegemonialdruck, der die Amerikanisierung seit 1945 vorantrieb, nachlassen wird und sich die Amerikaner am Ende gar für Lösungen von Außen- und Innenpolitik (einschließlich der Umweltpolitik) interessieren werden, die in Europa entwickelt worden sind bzw. entwickelt werden.

So sehr dies Spekulationen auf die Zukunft bleiben müssen, hinsichtlich der Vergangenheit bewegen wir uns gerade bei den deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen nach 1945 auf festerem Boden. So wollte ich in diesem Beitrag auf die konstruktive Rolle hinweisen, die die USA beim Wiederaufbau und beim nach den Erfahrungen im Dritten Reich notwendigen Umbau des deutschen Industriesystems gespielt haben. Erhard hatte dies seinerzeit erkannt. Es wäre wünschenswert, wenn die Wirtschaftshistorie dies auch täte.

[19] Vgl. Jonathan Zeitlin/Gary Herrigel (eds.), Americanization and its Limits, Oxford 2000.
[20] Vgl. Ulrike Reisach, Die Amerikanisierungsfalle, Düsseldorf 2007; Volker Berghahn/Sigurt Vitols (Hrsg.), Gibt es einen deutschen Kapitalismus?, Frankfurt/M. 2006.

Josef Braml

Westliche Wertegemeinschaft? Zur Sprengkraft religiöser Werte

Kulturelle Faktoren und Ideologien prägen die Risikowahrnehmung.[1] Religiös motivierte Weltbilder bestimmen die Bedrohungswahrnehmung und damit auch die Haltung zur entscheidungsrelevanten Frage, welche Mittel zur Abwehr gegen die wahrgenommene Bedrohung erforderlich sind. Während die harten Fakten geopolitischer Veränderungen seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes von Wissenschaft und Politik häufig thematisiert und als Erklärung für die Veränderungen in den transatlantischen Beziehungen herangezogen wurden, kamen weiche Faktoren, namentlich kulturelle Entfremdungen, bislang kaum zur Sprache.

Josef Braml
Dr. phil., geb. 1968; seit Oktober 2006 wiss. Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Rauchstr. 18, 10787 Berlin.
braml@dgap.org

In feierlichen Ansprachen wird häufig die „Transatlantische Wertegemeinschaft" bemüht: Nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes gebe es zwar mehr unterschiedliche Interessen, doch könne man sich auf „gemeinsame Werte" berufen, die das Fundament der Verständigung bilden. Der folgende Beitrag dagegen soll exemplarisch verdeutlichen, dass Werte nicht der Kitt transatlantischen Zusammenhalts sind. Vielmehr sind (religiöse) Werteunterschiede die Ursache divergierender Interessens-Wahrnehmungen dies- und jenseits des Atlantiks und für Meinungsunterschiede, insbesondere bei der Terrorismusbekämpfung und der Konfliktlösung im Nahen und Mittleren Osten.

Die Natur terroristischer Bedrohung

Die Bush-Administration hat – unter anderem auch mit Waffengewalt – bislang vergeblich versucht, die „Herzen und Köpfe" (*hearts and minds*) in der muslimischen Welt zurückzugewinnen, um dem vermeintlich religiös motivierten Terrorismus ein Ende zu bereiten. Doch die Erklärung der Terrorismusursachen mit religiösen Faktoren beruht nicht auf Tatsachen, sie entbehrt jeder empirischen Grundlage. So hinterfragte sechs Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 die renommierte Gallup-Organisation einige Grundannahmen, auf denen die amerikanische Anti-Terror-Politik basiert.[2] Das Ergebnis der Analysen von Umfragewerten in muslimischen Ländern verdeutlichte, dass der wahre Unterschied zwischen jenen, die terroristische Akte dulden, und solchen, die sie verurteilen, nicht religiös, sondern politisch begründet ist. So haben politisch Radikalisierte am häufigsten „Okkupation und US-Dominanz" als Beweggründe ihrer radikalen Gesinnungen und Handlungen angegeben.

Auch die gängige Annahme, dass Muslime „Modernität" und „westliche Werte" ablehnen, erwies sich in der Umfrage als falsch. Im Gegenteil: Die Bürger von Saudi-Arabien bis Marokko, von Indonesien bis Pakistan bewundern westliche Technologie und demokratische Werte wie Pressefreiheit und verantwortliche Regierungsführung. Politisch Radikalisierte sprechen sich sogar noch deutlicher für diese Werte aus als die moderate Mehrheit in diesen Ländern. Die Umfrageanalysen widerlegen somit geistige Grundannahmen, die auf dem so genannten „US-Marktplatz der Ideen" verbreitet und politischen Entscheidungsträgern als Bedrohungsanalysen zugrunde gelegt werden.

Neben der direkten Beeinflussung von politischen Entscheidungsträgern versuchen die Experten amerikanischer *Think-Tanks* auch

[1] Vgl. Robert Dahl, Democracy and Its Critics, New Haven-London 1989, S. 75; Stanley Rothman/Robert Lichter, Elite Ideology and Risk Perception in Nuclear Energy Policy, in: American Political Science Review, 81 (1987) 2, S. 383–404; Mary Douglas/Aaron Wildavsky, Risk and Culture, Berkeley 1982.

[2] Vgl. Dalia Mogahed, Framing the War on Terror, Gallup News Service, Washington, D. C. 11. 9. 2007.

über ihre veröffentlichten Meinungen und Expertisen zu wirken, um das geistige Klima ihrer Gesellschaft zu prägen. Indem sie im Zusammenspiel mit den Medien die Agenda bestimmen, Bedrohungen thematisieren und nicht selten auch das „Wesen“ dieser Bedrohungen postulieren, gewinnen sie Einfluss auf die Wahrnehmungen und die Weltbilder der Bevölkerung und Regierenden.[3]

Im Zuge der allgemeinen Verunsicherung nach den Anschlägen des 11. September 2001 erhielt das Orientierungswissen von „Experten“ umso mehr Deutungskraft. Laut Winand Gellner führt vor allem die Suche nach Möglichkeiten, die tatsächlichen oder eingebildeten Gefahren zu verringern, zu hoher Glaubwürdigkeit und Abhängigkeit von Expertenurteilen und scheinbar verlässlichen Antworten, „die sich je nach Präsentation der Daten oder normativen Vorannahmen der Experten unterscheiden und die ihrerseits wiederum die Einstellungen zu den wahrgenommenen Risiken und Gefahren beeinflussen.“[4]

Zwei konkurrierende Interpretationsmuster

In den USA konkurrieren ein kontextualistisches und ein essentialistisches Interpretationsmuster um die Diskurshoheit: Aus kontextualistischer Perspektive wird der weit verbreitete Antiamerikanismus und tiefe Hass in Teilen der muslimischen Welt als Reaktion auf spezifische außenpolitische Entscheidungen und Handlungen der USA interpretiert. Selbst Francis Fukuyama, der bis zu seiner Distanzierung[5] den neokonservativen Vordenkern zugerechnet werden konnte, sieht den „Krieg gegen den Terrorismus“ als „klassischen Krieg zur Aufstandsbekämpfung“ *(a classic counter-insurgency war)*.[6] Diese Einschätzung entspricht empirischen Befunden, wonach beinahe alle Terroranschläge im beobachteten Zeitraum von 1980 bis 2003 auf ein strategisches Ziel schließen lassen, nämlich moderne Demokratien zu zwingen, ihr Militär von Gebieten abzuziehen, welche diese Terroristen als ihr Heimatland betrachten. Zwar würden religiöse Motive von terroristischen Organisationen häufig zur Rekrutierung benutzt, jedoch sei islamistischer Fundamentalismus nicht die Wurzel allen Übels. Vielmehr sind nach dieser Einschätzung der Waffengang im Irak und die amerikanische Militärpräsenz – also die Versuche der Bush-Administration, dem Terrorismus vor Ort mit militärischen Mitteln zu begegnen – Teil des Problems. Diese Maßnahmen seien demnach auch schlecht geeignet, um den Mittleren und Nahen Osten zu befrieden oder die Region zu demokratisieren.[7]

Im Gegensatz zu den Kontextualisten sehen die Essentialisten eine totalitäre Bedrohung existentieller Natur, die es mit allen Mitteln auszurotten gelte. Im Februar 2004 erläuterte zum Beispiel der neokonservative Kolumnist Charles Krauthammer die Wahrhaftigkeit seiner Anfang der 1990er Jahre aufgestellten These:[8] Gott sei Dank habe Amerika das historische Zeitfenster, den „unipolaren Moment“ nach dem Niedergang der Sowjetunion, genutzt und seine Machtstellung gefestigt, um nunmehr gewappnet zu sein. Der Visionär Krauthammer sieht sich von der Geschichte bestätigt, denn das Böse habe einmal mehr seine Fratze in Form der „existentiellen Bedrohung“ durch den arabisch-islamistischen Totalitarismus gezeigt: „Am 11. September 2001 standen wir wieder einmal im Angesichte von Armageddon, aber dieses Mal weicht der Feind nicht zurück. Dieses Mal kennt der Feind keine Vernunft. Wäre dies der einzige Unterschied zwischen heute und gestern, dann wäre unsere Lage hoffnungslos. Aber es gibt einen zweiten Unterschied: die Einzigartigkeit unserer Macht, konkurrenzlos, nicht nur heute, sondern für

[3] Vgl. Josef Braml, Think Tanks versus „Denkfabriken“? U.S. and German Policy Research Institutes' Coping with and Influencing Their Environments; Strategien, Management und Organisation politikorientierter Forschungsinstitute (deutsche Zusammenfassung), Baden-Baden 2004.

[4] Winand Gellner, Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit: Think Tanks in den USA und in Deutschland, Opladen 1995, S. 12.

[5] Vgl. Francis Fukuyama, After Neoconservatism, in: New York Times vom 19. 2. 2006; ders., The Paradox of International Action, in: The American Interest, 1 (2006) 3, S. 7–18.

[6] Ders., The Neoconservative Moment, in: The National Interest vom 1. 6. 2004.

[7] Vgl. Robert Pape, Dying to Win: The Strategic Logic of Suicide Terrorism, New York 2005.

[8] Vgl. Charles Krauthammer, The Unipolar Moment, in: Foreign Affairs, 70 (1991) 1, S. 23–33.

immer.“[9] Mit dieser Anspielung auf den existentiellen Entscheidungskampf sollten sich auch evangelikale Christen – der Kern der Wählerbasis der Bush-Administration[10] – angesprochen und berufen fühlen, die Sicherheit Amerikas weltweit, wenn nötig auch mit militärischen Mitteln zu gewährleisten.[11]

Die Christliche Rechte – Teil außenpolitischer Machtstrukturen

Das politische Erstarken konservativer evangelikaler und fundamentalistisch-religiöser Bewegungen seit Beginn der 1980er Jahre ist eine der bedeutsamsten kulturellen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten und bildet die Grundlage für neuartige (außen-) politische Machtstrukturen. Dabei spielt die so genannte Christliche Rechte eine zentrale Rolle als Wählerpotential und Wahlkampfhilfe der Republikaner im Kongress und als Basis der Bush-Administration im Weißen Haus.[12] Der wachsende politische Einfluss der Christlichen Rechten, ja die zunehmend „christlich rechte“ Legitimation der Amtsführung der Bush-Administration hat zur transatlantischen Entfremdung beigetragen. Dissonanzen zeigten sich nicht nur bei weniger prominenten Themen wie der internationalen Aids-Bekämpfung und der Entwicklungshilfe, sondern vor allem im Hinblick auf den Waffengang im Irak und den Nahostkonflikt.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 benötigte Oberbefehlshaber George W. Bush keine große Überzeugungskraft, um den Kongress, die amerikanische Bevölkerung und die internationale Gemeinschaft von der Notwendigkeit des Waffengangs in Afghanistan zu überzeugen. Im Vorfeld des Präventivkrieges gegen den Irak war die Lage jedoch grundlegend anders: Präventives Handeln ist weitaus schwieriger zu legitimieren als die Reaktion auf einen erfolgten oder unmittelbar bevorstehenden Angriff. Die Gefahr, die von Massenvernichtungswaffen in den Händen des irakischen Tyrannenregimes oder von Terroristen ausgeht, sowie die Gewissheit, als auserwähltes Land das Richtige zu tun und die Vorhersehung Gottes zu vollstrecken, waren die zwei zentralen Gründe, die Bush öffentlichkeitswirksam bemühte, um Krieg zu führen.

Bushs Legitimation des Irakkrieges

Im Gegensatz zur allgemeinen Auffassung hierzulande und der Meinung der großen Mehrheit der Demokraten in den USA ist für Präsident Bush und seine Parteigänger der Waffengang im Irak nur eine weitere Schlacht im langwierigen „Globalen Krieg gegen den Terrorismus“ (*Global War on Terror*, GWOT). Dennoch blieben vor der Intervention Zweifel, ob Amerika dem Kurs seines Obersten Befehlshabers geschlossen folgen würde.[13] Die Amerikaner standen nicht einmütig hinter ihrem Präsidenten, sie waren in der Irakfrage geteilter Meinung: 84 Prozent der Republikaner unterstützten den Krieg; nur 37 Prozent der Demokraten jedoch waren bereit, dem Kurs Bushs zu folgen.[14] Angesichts der mangelnden parteiübergreifenden Unterstützung war Bush umso mehr auf den Rückhalt seiner christlich rechten Basis angewiesen. Es hing also sehr viel davon ab, wie er seine Anhänger auf den Waffengang gegen den irakischen Diktator einstimmte. Bush assoziierte schließlich nicht nur die Lage im Irak mit der existentiellen Bedrohung Amerikas durch Massenvernichtungswaffen in den Händen von Terroristen, sondern machte seinen Landsleuten auch die historische Mission Amerikas deutlich: „Wir gehen mit Zuversicht voran, weil dieser Ruf

[9] Charles Krauthammer, Democratic Realism: An American Foreign Policy for a Unipolar World, Washington, D. C. 2004, S. 19.

[10] Bei der Präsidentschaftswahl 2004 bildeten weiße evangelikale Christen mit mehr als 40 Prozent der Gesamtstimmen George W. Bushs einmal mehr die Grundlage seines Wahlsieges.

[11] Die Republikaner sind eher als die Demokraten geneigt, mit militärischen Mitteln vorzugehen – vor allem der harte Kern der evangelikalen Christen. Im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt setzen sie mehr auf militärische Stärke als auf Diplomatie, um Frieden zu gewährleisten.

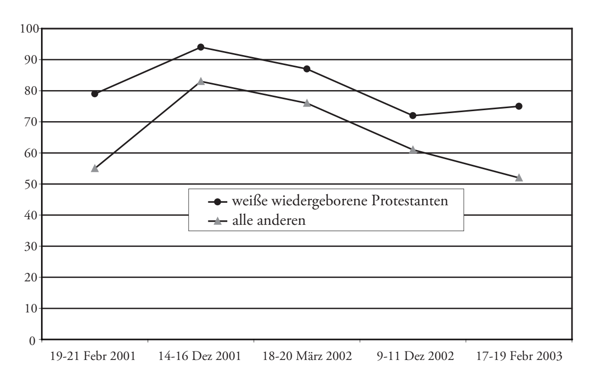
[12] Vgl. Josef Braml, Die religiöse Rechte in den USA: Basis der Bush-Administration? (SWP-Studie S 35), Berlin 2004.

[13] Zur öffentlichen Meinung im Vorfeld des Irakkrieges vgl. auch Josef Braml, Amerika vor dem Krieg: Welchen Rückhalt genießt die Bush-Administration in der eigenen Bevölkerung? (SWP-Aktuell 8/2003), Berlin 2003.

[14] Vgl. Gallup-Umfrage vom 17. bis 19. 2. 2003; Frank Newport, Support for War Modestly Higher among More Religious Americans. Those Who Identify with the Religious Right Most Likely to Favor Military Action, Gallup News Service, Washington, D. C. 27. 2. 2003.



Abbildung: Zustimmungsraten für Präsident Bush, 19. 2. 2001 – 19. 2. 2003 (in Prozent)



Quelle: Frank Newport/Joseph Carroll, Support for Bush Significantly Higher among More Religious Americans, Gallup-Umfrage-Analyse, 6. 3. 2003.

der Geschichte das richtige Land erreicht hat. (. . .) Die Amerikaner sind ein freies Volk, das weiß, dass die Freiheit das Richtige für jeden Menschen und die Zukunft jeder Nation ist. Die Freiheit, die wir schätzen, ist nicht Amerikas Geschenk an die Welt, sie ist das Geschenk Gottes an die Menschheit. Wir Amerikaner glauben an uns, aber nicht nur an uns. Wir geben nicht vor, alle Wege der Vorsehung zu kennen, aber wir vertrauen in sie, setzen unser Vertrauen in den liebenden Gott, der hinter allem Leben und der gesamten Geschichte steht. Möge Er uns jetzt leiten. Und möge Er weiterhin die Vereinigten Staaten von Amerika segnen."[15] Nach dieser kriegsvorbereitenden Rede zur Lage der Nation vom 28. Januar 2003 wurde dem Präsidenten eine merklich größere Zustimmung für seine Politik von weißen, wiedergeborenen *(born-again)* Protestanten zuteil als vom Rest der Bevölkerung *(Abbildung)*.

Mitte Februar 2003 befürworteten 59 Prozent der Bevölkerung den Krieg, darunter 70 Prozent derjenigen, die sich als „Mitglieder der religiösen Rechten" identifizierten. Neben der parteipolitischen Unterstützung spielten also auch religiöse Motive eine Rolle: 62 Prozent der Amerikaner, denen Religion „sehr wichtig" ist, unterstützten den Krieg, und 49 Prozent derjenigen, denen Religion „nicht sehr wichtig" ist.[16]

Mit seiner wegweisenden Rede zur Lage der Nation wollte der Oberste Befehlshaber seine Anhänger auf den Waffengang vorbereiten. Seine Wortwahl hat viele europäische Beobachter irritiert, vielen seiner Landsleute gab sie dagegen Zuversicht. George W. Bush ist nicht der erste Präsident, der religiöse Rhetorik bemüht, um seine Politik zu legitimieren und Unterstützung zu mobilisieren. Gerade in Krisenzeiten – Amerika sieht sich seit dem 11. September 2001 im Krieg – fand das Bemühen um eine religiöse Sinngebung immer wieder Eingang in „historische" Reden amerikanischer Präsidenten.[17] Der amtierende Präsident hat sich (unterstützt durch seinen damaligen Chef-Redenschreiber Michael Gerson)[18] den evangelikalen Christen darüber hinaus durch die Wahl seiner Sprache regelmäßig als einer der ihren zu erkennen gegeben.[19]

Kampf der Kulturen?

Präsident Bush evozierte mit rhetorischen Mitteln jenen Teufel, den der neokonservative Vordenker Samuel Huntington bereits nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes mit kräftigen Pinselstrichen an die Wand gemalt hatte: „Der Kampf der Kulturen wird die Weltpolitik dominieren. Zivilisatorische Grenzlinien werden die Gefechtslinien der Zukunft sein."[20] Diesem Szenario wurde nach dem 11. September 2001 umso mehr Aufmerksamkeit zuteil, hatten doch islamistische Fanatiker die Führungsmacht der „westlichen Zivilisation" angegriffen. Während jenseits des Atlantiks der amerikanische Präsident mit einem „Kreuzzug" reagierte – eine rhetorische Entgleisung, die Bush später zurücknahm, aber nicht mehr aus der (muslimischen) Welt schaffen konnte –, wurden in Europa und vor allem in Deutschland Stimmen laut, die den kulturellen Gegensatz zu vermeiden suchen, damit die Huntington'sche These nicht zu einer „self-fulfilling prophecy" wird.

[15] George W. Bush, Bericht zur Lage der Nation, 28. 1. 2003; Übersetzung der amerikanischen Botschaft in Berlin, USINFO-B-DE.

[16] Gallup-Umfrage vom 17. bis 19. 2. 2003.

[17] Vgl. Detlef Junker, Power and Mission. Was Amerika antreibt, Freiburg im Breisgau 2003.

[18] Michael Gerson wird vom Präsidenten hochachtungsvoll „Der Schriftgelehrte" genannt. Seine Bibelfestigkeit erwarb der gelernte Theologe u. a. am Wheaton College.

[19] Vgl. Joan Didion, Mr. Bush & the Divine, in: New York Review of Books, 50 (6. 11. 2003) 17.

[20] Samuel P. Huntington, The Clash of Civilizations, in: Foreign Affairs, 72 (Sommer 1993) 3, S. 22 ff.

Die Gefahr, dass es so kommen könnte, ist nicht von der Hand zu weisen. Wahrnehmungen der Wirklichkeit haben reale Auswirkungen, ganz egal, wie richtig oder falsch sie sind. „Westliche“ Beobachter, welche die terroristische Bedrohung fälschlicherweise als „total“ oder „totalitär“ begreifen, könnten dazu beitragen, dass ihre Perzeption wirksam und damit Wirklichkeit wird. Der „Westen“ sollte ein derartiges Freund-Feind-Schema vermeiden, weil es terroristischen Gruppen hilft, Identität und Zusammengehörigkeit zu etablieren – elementare ideelle Ressourcen, die nicht minder wichtig sind als materielle. Nach Einschätzung von Sicherheitsexperten hat der Irakkrieg den Prozess beschleunigt, im Laufe dessen sich Al Qaida von einer Organisation zu einer Ideologie entwickelt. Eine Ideologie ist umso identitätsstiftender, je besser sie sich auf ein klar umrissenes Feindbild beziehen kann. In diesem Sinne bildet auch das von christlich Rechten und Neokonservativen in der amerikanischen Debatte in Stellung gebrachte Konzept der „jüdisch-christlichen Schicksalsgemeinschaft“ eine ideale Projektionsfläche, die es Fanatikern um Al Qaida erleichtert, logistischen und personellen Nachschub für ihren Glaubenskrieg zu gewinnen.

Die „jüdisch-christliche Schicksalsgemeinschaft“ und der Nahostkonflikt

Bushs Kriegsrhetorik ist aber auch identitätsstiftend im Innern und rückt das „von Gott beinahe auserwählte“ (*almost chosen*) Amerika (so schon Abraham Lincoln) in die unmittelbare Nähe des auserwählten Volkes Israel. Wenn Präsident Bush mit „moralischer Klarheit“ gegen Terroristen vorgeht, sehen ihn seine politischen Verbündeten auch fest an der Seite Israels – ein Kernanliegen der christlich Rechten wie der „Israel-Lobby“. Vor der Zäsur „9/11“ wurde allzu deutliche Parteinahme für Israel vielerorts, selbst im eigenen Lager, kritisch kommentiert und zwischen dem nationalen Interesse Amerikas und jenem Israels differenziert. Nach den traumatischen Anschlägen vom 11. September 2001 betonen mehr Amerikaner die „jüdisch-christliche Schicksalsgemeinschaft“ und suchen gemeinsam Sicherheit im Kampf gegen den Terrorismus:[21] „Die Kriegsschauplätze sind unterschiedlich, aber die Schlachten – Amerikas gegen Al Qaida, Israels gegen Hamas – sind ein und dasselbe. (. . .) Ebenso wie das Problem mit Al Qaida erfordert das unmittelbare Problem mit Hamas Militäraktionen.“[22] Seit den Terroranschlägen fühlen sich Amerikaner denselben Feindseligkeiten ausgesetzt und ebenso verwundbar wie die Israelis in ihrem Heimatland.

Besonders für evangelikale Christen ist das Wohlergehen Israels eine Frage der nationalen Sicherheit Amerikas: „Amerika wird keine freie Nation bleiben, wenn wir Israels Freiheit nicht verteidigen.“[23] Mit diesem Satz brachte Jerry Falwell, einer der Gründerväter der politischen Christlichen Rechten in den USA, den Kerngehalt der „jüdisch-christlichen Schicksalsgemeinschaft“ schon Anfang der 1980er Jahre zum Ausdruck. Zwanzig Jahre später sprach der Republikanische Abgeordnete Tom DeLay, bekennender evangelikaler Christ aus Texas und damaliger Mehrheitsführer im Abgeordnetenhaus, erneut von dem „Schicksal, das Amerika und Israel teilen“.[24] Für Elliott Abrams bleibt es wichtig, dass Juden verstehen lernen, „dass künftig konservative Christen Israels Lobby sein müssen, weil es dafür nicht genug Juden geben wird“.[25] Abrams ist als Sonderberater des Präsidenten und als Senior Director for Democracy, Human Rights, and International Operations im Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council, NSC) für Nahostfragen zuständig. Vor seinem Eintritt in die Bush-Administration leitete er das Center for Ethics and Public Policy (CEPP). Das CEPP ist ein religiöser *Think-Tank*, der sich der Aufgabe widmet, Juden und konservative Christen miteinander zu versöhnen. Abrams gehört zum harten Kern neokonservativer Kritiker des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses und gilt als einer der prominentesten Gegner der Zwei-Staaten-Lösung, die vom

[21] Vgl. Dana Allin/Steven Simon, The Moral Psychology of US Support for Israel, in: Survival, 45 (Herbst 2003) 3, S. 123–144.

[22] Jonathan Rauch, Social Studies – Like It or Not, Israel's War With Hamas Is America's, Too, in: National Journal, 3. 4. 2004 (Übs. J. B.).

[23] Ed Dobson/Jerry Falwell/Ed Hindson (eds.), The Fundamentalist Phenomenon. The Resurgence of Conservative Christianity, Garden City 1981, S. 215 (Übs. J. B.).

[24] Howard Fineman/Tamara Lipper, A Very Mixed Marriage, in: Newsweek vom 2. 6. 2003 (Übs. J. B.).

[25] Michael Dobbs, Back in Political Forefront. Iran-Contra Figure Plays Key Role on Mideast, in: Washington Post vom 27. 5. 2003, S. A01 (Übs. J. B.).

„Quartett" – bestehend aus den USA, der EU, der Russischen Föderation und den Vereinten Nationen – in Form einer „Wegskizze" (*Road Map*) vorgezeichnet wurde.

Bei ihrem Einsatz für die nationale Sicherheit der USA und Israels können neokonservative Strategen wie Abrams nicht nur mit der finanziellen und logistischen Hilfe des American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) und anderen Pro-Israel-Interessengruppen rechnen, sondern sich auch auf die finanzielle und organisatorische Basisarbeit der Christlichen Rechten in der Legislative und auf der Graswurzelebene stützen. Neokonservative waren ursprünglich nur ein elitäres Netzwerk von überwiegend jüdischen, aber auch einigen katholischen Experten und Publizisten in *Think-Tanks* und ihnen nahestehenden Zeitschriften. Neokonservative Vordenker, die früher nicht selten als „Häuptlinge ohne Indianer" geschmäht wurden,[26] wissen nunmehr um ihre erweiterte Machtbasis im Kongress und in der amerikanischen Gesellschaft. Die Pro-Israel-Lobby hat eine Infrastruktur entwickelt, die in punkto Organisations- und Finanzstruktur in Washington ihresgleichen sucht.[27] „Ihre erfolgreiche politische Arbeit mit dem ausschließlichen Ziel der Unterstützung Israels erstreckt sich von den Gewerkschaften auf der Linken bis hin zu den evangelikalen Christen auf der Rechten und im Grunde genommen jedem dazwischen", resümierte Lee Hamilton, ehemaliger Abgeordneter und langjähriger Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Abgeordnetenhaus.[28] Aus der Sicht eines Kongressabgeordneten oder Senators gibt es laut Lee Hamilton nur geringen politischen Gegendruck seitens der Palästinenser oder arabischer Lobbyisten: „Damit geht man kein politisches Risiko ein, Israel zu unterstützen." Nach Einschätzung von Hamilton, der heute das Woodrow Wilson Center leitet, ist Israel in politischer Hinsicht „absolut unangreifbar".[29]

Im politischen System der „checks and balances", der konkurrierenden, sich gegenseitig kontrollierenden politischen Gewalten, bleibt dies nicht ohne Auswirkungen auf die politische Machtbalance zwischen Kongress und Exekutive. Das politische Interesse christlich Rechter am Heiligen Land bedeutet, dass „die Pro-Israel-Lobby in den letzten zehn Jahren deutlich stärker geworden ist".[30] In Verbindung mit der gewichtigen Lobby Israels sorgt das politische Gewicht der Christlichen Rechten dafür, dass der Handlungsspielraum der Exekutive enger wird: „Eine US-Administration, die eine harte Haltung gegenüber Israel einnehmen wollte, weiß, dass sie vom Kongress umgehend kritisiert und vielleicht auch ausgehebelt wird."[31]

Fazit und Ausblick: Ein Teufelskreis?

Präsident Bush wird die Geister, die er rief, nicht mehr los: Christlich Rechte, die zentral für den Machterhalt der Republikaner im Weißen Haus und mitentscheidend bei den Kongresswahlen geworden sind, engagieren sich zusehends außenpolitisch und beziehen dabei Stellung für ein militärisch übermächtiges Amerika und den uneingeschränkten Schutz Israels. Der Teufelskreis ist vorgezeichnet: „Sollte Bush seinen gegenwärtigen Kurs im Nahen und Mittleren Osten (auch im Sinne konservativer Evangelikaler) fortfahren – zum Beispiel mit einem präventiven Militärschlag gegen Iran, oder die Israelis dazu ermuntern – würde er die Region weiter entzünden und die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass der islamistische Terrorismus auf Westeuropa und die Vereinigten Staaten zurückschlägt. Bush und die Republikaner könnten dann wiederum argumentieren, dass angesichts der Ausbreitung des Terrorismus ihr Machterhalt umso notweniger ist"[32] – so die politischen Beobachter John Judis und Ruy Teixeira, nach deren Ein-

[26] So zum Beispiel Kevin Phillips, Neoconservatives: Chiefs without Indians, in: Washington Post vom 26. 8. 1979.

[27] Im US-Kontext haben John Mearsheimer und Stephen Walt (The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy, New York 2007) versucht, Infrastruktur und Einflussnahme der „Israel-Lobby" zu belegen; ausführlicher und differenzierter dazu Christian Bala, Konservatismus, Judaismus, Zionismus: „Kulturkrieg" in der US-Diaspora, Baden-Baden 2006.

[28] Lee Hamilton zit., in: James Kitfield, The Ties That Bind, and Constrain, in: National Journal vom 20. 4. 2002.

[29] Ebd.

[30] So Norman Ornstein vom American Enterprise Institute (AEI), einer der renommiertesten Kenner des politischen Systems der Vereinigten Staaten. Zit. in: ebd.

[31] Ebd.

[32] John B. Judis/Ruy Teixeira, Movement Interruptus, in: The American Prospect Online, 20. 12. 2004, http://www.prospect.org/web/page.ww?section=root&name=ViewPrint&articleId=8955 (9. 12. 2007).

schätzung ein derartiges Szenario die im Entstehen begriffene politische Dominanz der Demokraten weiterhin verhindern würde, nachdem der 11. September eine „entstehende Demokratische Mehrheit"[33] zwar unterbrochen, aber nicht aufgehalten habe.

Präsident Bush hatte zuletzt im Oktober 2007 davor gewarnt, dass ein atomar bewaffneter Iran einen „Dritten Weltkrieg" auslösen könnte.[34] Selbst nachdem die amerikanischen Sicherheitsdienste mittlerweile auch öffentlich darlegten,[35] dass Teheran bereits 2003 seine Pläne zur nuklearen Bewaffnung aufgegeben habe, gab der US-Präsident keine Entwarnung. Neokonservative wie Norman Podhoretz, politischer Berater des führenden Präsidentschaftskandidaten der Republikaner, Rudolph „Rudy" Giuliani, schwören Amerika gar auf den „Vierten Weltkrieg" gegen den „Islamofaschismus" ein und machen damit auch der politischen Linken in den USA eine Kampfansage (Stichwort: *full-scale war*).[36]

Themen nationaler Sicherheit im Rahmen des Kampfes gegen den Terrorismus spielen für die Republikaner in der Tat eine zentrale Rolle, weil sie die Kohäsion einer heterogenen Wählerschaft fördern und die Grundlage dauerhafter republikanischer Mehrheiten bilden können. Für die Strategen, die eine umfassende republikanische Wählerkoalition zustande bringen wollen, war und bleibt es eine besondere Herausforderung, die Christliche Rechte zu integrieren, ohne dabei andere Wähler zu verlieren. Doch die religiös-moralische Zweckehe christlich Rechter mit den Republikanern polarisiert die USA im Innern und führt zu Divergenzen in den transatlantischen Beziehungen: bei grundsätzlichen Abwägungen zwischen dem Einsatz militärischer Gewalt und jenem diplomatischer Mittel, aber auch bei konkreten Politikvorstellungen zur Regelung von Konflikten, vor allem im Mittleren und Nahen Osten.

[33] John B. Judis/Ruy Teixeira, The Emerging Democratic Majority, New York 2002.
[34] Vgl. Agence France-Press (AFP), Bar Iran from Nuclear Arms to Avoid World War III, says Bush, 18. 10. 2007.
[35] Vgl. National Intelligence Council (NIC), National Intelligence Estimate, Iran: Nuclear Intentions and Capabilities, Washington, D. C., November 2007.
[36] Vgl. Norman Podhoretz, World War IV. The Long Struggle Against Islamofascism, New York 2007.

Helke Rausch

Wie europäisch ist die kulturelle Amerikanisierung?

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat sich Europa im machtpolitischen Koordinatensystem des Kalten Krieges unter historisch singulären Bedingungen entwickelt.[1] Bei dem Versuch, diese Dynamik einzufangen, scheut die historische Forschung mit guten Gründen davor zurück, nachträgliche Teleologien zu erfinden. Stattdessen will sie Perspektiven auf die europäische Geschichte seit 1945 eröffnen, die Ähnlichkeiten zwischen den europäischen Gesellschaften hervorhebt, ohne heterogene Entwicklungsverläufe zu verwischen.[2] Das historiografische Konzept der Amerikanisierung erscheint vor diesem Hintergrund als eine noch nicht systematisch ausgeschöpfte Möglichkeit, zumindest die westeuropäische Nachkriegsentwicklung perspektivisch zu bündeln und vergleichend zu erörtern.[3]

Helke Rausch
Dr. phil., geb. 1969; wiss. Mitarbeiterin am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig, Beethovenstr. 15, 04107 Leipzig.
hrausch@uni-leipzig.de

Zu einer solchen europäisch vergleichenden Geschichte der Amerikanisierung sollen die folgenden Überlegungen beitragen. Dazu werden thesenartig Einzelaspekte der kulturellen Amerikanisierung als das wohl symptomatischste Feld der USA-Kontakte mit der Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien besonders in den 1950er Jahren heraus-

[1] Vgl. Tony Judt, Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München 2006.
[2] Vgl. Andreas Wirsching, Für eine pragmatische Zeitgeschichtsforschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), (2007) 3, S. 13 – 18.
[3] Vgl. Chantal Metzger/Hartmut Kaelble (Hrsg.), Deutschland – Frankreich – Nordamerika: Transfers, Imaginationen, Beziehungen, Stuttgart 2006; Alexander Stephan (ed.), The Americanization of Europe. Culture, Diplomacy, and Anti-Americanism after 1945, New York–Oxford 2006.

gegriffen. Exemplarisch soll gezeigt werden, dass sich die westeuropäischen Nachkriegsgesellschaften *aktiv* mit strategischen Eigeninteressen und geschickten Aneignungsstrategien an der Amerikanisierung beteiligt haben. Die transatlantischen Kontakte und Transfers auf den benachbarten Feldern von Politik und Wirtschaft, die eigentlich zum Panorama einer europäischen Amerikanisierungsgeschichte gehören, müssen hier ganz ausgeblendet bleiben.

Die rigorose Verpflanzung amerikanischer Wertmaßstäbe und Lebensformen nach Europa ist gemeint, wenn mit „Amerikanisierung" als polemischem Schlagwort hantiert wird.[4] Demgegenüber ist für eine historische Betrachtung erst ein von (un)freiwilligen Untertönen bereinigter, analytisch offener „Amerikanisierungs"-Begriff zu verwenden:[5] Er beschreibt *erstens* einen historischen Ordnungszusammenhang mit einem einschlägigen Machtübergewicht zugunsten der USA und benennt die manipulative Absicht der Amerikanisierer als eine der zentralen Antriebskräfte für diese Entwicklung. Vor allem aber gibt der Begriff *zweitens* einer weiterführenden Untersuchungsagenda den Titel: „Amerikanisierung" thematisiert eine Vielzahl politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller (Rück-)Transfers von Ideen, Gütern, Strukturen und Personen, die bislang kaum europäisch vergleichend betrachtet worden sind.

Zur „Amerikanisierungs"-Perspektive gehört im Grunde auch der parallele Austausch zwischen Westdeutschland, Frankreich und Großbritannien. Aus deutscher Sicht lag dabei der besondere Fall einer Verwestlichung vor, in deren Zuge sich große Teile der westdeutschen Eliten auf das Ideologieangebot nicht nur aus den USA, sondern aus ganz Westeuropa mit Verve einließen, um so den demokratischen Neubeginn mit der programmatischen Abkehr vom totalitären Terror zu legitimieren.[6] Verwestlichung bzw. „Westernization" („Westernisierung") oder „Europäisierung" bleiben daher – abhängig vom gewählten Untersuchungs(zeit)raum – wichtige Parallelbegriffe zum Konzept der „Amerikanisierung".[7] Diese binneneuropäischen Austauschbewegungen müssen aber aus den folgenden Überlegungen ausgeklammert bleiben.

Aspekte kultureller Amerikanisierung in Westeuropa

Die amerikanische Massenkultur blieb nach 1945 – nicht anders als zuvor – ein überaus umstrittener Gegenstand öffentlicher Diskussion. Spätestens seit den 1950er Jahren wirkte sie aber zugleich prägend auf europäische Lebensstile. Was exakt den amerikanischen Konsumgütern über Alters-, Berufs- und soziale Unterschiede hinweg eine letztlich unentrinnbare Popularität eintrug, ist aber durchaus schwer zu bestimmen. Sicher begünstigten die steigende Konsumkraft in den regenerierten europäischen Volkswirtschaften und die professionellen amerikanischen Vermarktungsstrategien diesen Prozess.[8] In welchem Maße die neuen Konsumoptionen die europäischen Gesellschaften aber tatsächlich ideell amerikanisierten, ist ebenfalls kaum geklärt. Ein assoziativer Kurzschluss vom Colatrinker und Jeansträger auf seine politischen und ideologischen Werthaltungen jedenfalls wäre nicht empirisch verlässlich. Ohnedies

[4] Vgl. Jan C. Behrends/Arpád v. Klimó/Patrice G. Poutrus (Hrsg.), Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa, Bonn 2005; Andrew Ross/Kristin Ross (eds.), Anti-Americanism, New York 2004.

[5] Vgl. Frank Becker, Amerikabild und „Amerikanisierung", in: ders./Elke Reinhard Becker (Hrsg.), Mythos USA. „Amerikanisierung" in Deutschland seit 1900, Frankfurt/M.–New York 2006, S. 19–47; Mel van Elteren, Rethinking Americanization Abroad: Toward a Critical Alternative to Prevailing Paradigms, in: The Journal of American Culture, 29 (2006) 3, S. 345–367.

[6] Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Westernisierung. Politisch-ideeller und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre, in: Karl Lammers/Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hrsg.), Dynamische Zeiten: Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2003[2], S. 311–341.

[7] Zur hier ausgeklammerten Begriffsdiskussion vgl. Helke Rausch, Blickwechsel und Wechselbeziehungen. Zum transatlantischen Kulturtransfer im westlichen Nachkriegseuropa, in: dies. (Hrsg.), Transatlantischer Kulturtransfer im „Kalten Krieg". Perspektiven für eine historisch vergleichende Transferforschung, Leipzig 2006 (Comparativ 16), S. 7–33; Reiner Marcowitz, Im Spannungsverhältnis von Amerikanisierung, Europäisierung und Westernisierung. Die Zäsur der 1960er und 1970er Jahre für die transatlantische Europadebatte, in: C. Metzger/ H. Kaelble (Anm. 2), S. 98–123.

[8] Vgl. Victoria de Grazia, Irresistible Empire: America's Advance through Twentieth-Century Europe, Cambridge, MA–London 2005.

konnten auch Haushaltsgeräte, Kleidermoden und Musikstile nicht darüber hinwegtäuschen, dass der nach neuen Stilregeln jenseits traditional-bürgerlicher „Hochkultur"-Maßstäbe agierende *„consumer citizen"* langfristig beiderseits des Atlantik eine massenwirksame Utopie blieb.

Bundesrepublik Deutschland

Anders als im französischen und britischen Fall ging der Verbreitung der amerikanisch inspirierten Komsumkultur in der semisouveränen Bundesrepublik seit Mitte der 1950er Jahre zunächst eine gezielte Infiltrationsoffensive der USA voraus, die auf die Eliten und Meinungsbildner als erhoffte Multiplikatoren demokratischer Denkart zielte. Allzu eindeutige Fälle hegemonialer Amerikanisierung lagen aber selbst hier kaum vor. Zum einen stieß die verordnete *re-education* in Deutschland auf erhebliche Beharrungskräfte. Zum anderen verlagerten sich die amerikanischen Interessen bald ganz auf die Priorität, „den Kommunismus" zu bekämpfen, und lenkten folglich den amerikanischen Steuerungswillen in Bildung und Presseöffentlichkeit zügig weg vom Vorhaben der „Entnazifizierung".[9] Mit den „Amerikahäusern" wollten die USA nicht zuletzt demonstrativ amerikanische „high culture" nachweisen, erzielten bis Mitte der 1950er Jahre aber lediglich in den bildungsnahen Schichten Rezeptionserfolge.[10] Dass ihr Kulturdruck machtpolitisch unterfüttert war, sicherte den USA insofern letztlich keine absolute Transferhoheit. Dies gilt wohl auch für den Bereich von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die bei aller anfänglichen informationspolitischen Kontrolle keine dauerhafte Totalamerikanisierung leisteten.[11]

Wichtige Voraussetzungen für eine breitere kulturelle Amerikanisierung entstanden zunächst punktuell dort, wo die westdeutsche Bevölkerung u. a. im Rahmen von humanitären Versorgungsleistungen mit der amerikanischen Besatzungsmacht vor Ort in Berührung kam.[12] Von hier ergaben sich fließende Übergänge zur Adaption jener Massenkultur, die ab Mitte der 1950er Jahre für weite Teile der konsolidierten „Wirtschaftswundergesellschaft" zugänglich wurde.

An der amerikanischen Massenkultur reizte aber mehr als nur ihre leichte Zugänglichkeit: „Halbstarke" Jugendliche, die Ende der 1950er Jahre in Jeans und mit Elvistolle zu Rock 'n' Roll tanzten, absorbierten nicht einfach Amerikanismen, sondern setzten sich zuallererst in Kleidung, Musik- und Verhaltenskonventionen vom Stilkodex der Elterngeneration ab.[13] Die dort übliche Trennung zwischen Hoch- und Populärkultur sollte unterlaufen und das Recht zur Selbstbestimmung erstrebenswerter Verhaltensformen beansprucht werden. Ähnlich missachteten sprachliche Amerikanismen absichtsvoll traditional bürgerliche Kommunikationsregeln und enthierarchisierten bislang geltende Normen des Ausdrucks.[14] An der kulturellen Amerikanisierung in der Bundesrepublik waren daher neben den US-amerikanischen Akteuren immer auch die „Selbstamerikanisierer" mit ihrem eigenen Interesse an einer „Amerikanisierung von unten" beteiligt. Die

[9] Vgl. Hans Braun/Uta Gerhardt/Everhard Holtmann (Hrsg.), Die lange Stunde Null. Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945, Baden-Baden 2007; Arnd Bauerkämper/Konrad H. Jarausch/Marcus M. Payk (Hrsg.), Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945–1970, Göttingen 2005; Volker R. Berghahn, European Elitism, American Money and Popular Culture, in: R. Laurence Moore/Maurizio Vaudagna (eds.), The American Century in Europe, Ithaca–London 2003, S. 117–130; Detlef Junker u. a. (Hrsg.), Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, 2 Bände, Stuttgart–München 2001².

[10] Vgl. Axel Schildt, Sind die Westdeutschen amerikanisiert worden? Zur zeitgeschichtlichen Erforschung kulturellen Transfers und seiner gesellschaftlichen Folgen nach dem Zweiten Weltkrieg, in: APuZ, (2000) 50, S. 3–10.

[11] Vgl. Christina von Hodenberg, Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit, 1945–1973, Göttingen 2006.

[12] Vgl. Michaela Höhn, GIs and Fräuleins: The German-American Encounter in 1950s West Germany, Chapel Hill 2002.

[13] Vgl. Kaspar Maase, Amerikanisierung von unten. Demonstrative Vulgarität und kulturelle Hegemonie in der Bundesrepublik der 50er Jahre, in: Alf Lüdtke u. a. (Hrsg.), Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1996, S. 291–313; Detlef Siegfried, Vom Teenager zur Pop-Revolution. Politisierungstendenzen in der westdeutschen Jugendkultur 1959–1968, in: ders./A. Schildt/K. Lammers (Anm. 6), S. 582–623.

[14] Vgl. Angelika Linke, Sprachliche Amerikanisierung und Popular Culture. Zur kulturellen Deutung fremder Zeichen, in: Jakob Tanner/dies. (Hrsg.), Attraktion und Abwehr. Die Amerikanisierung der Alltagskultur in Europa, Köln–Weimar–Wien 2006, S. 37–51.

von der neuen „Subkultur“ provozierten westdeutschen Eliten reagierten in den 1950er Jahren besonnen, um die freiheitlichen Vorzüge der neuen Grundordnung als Gegenmodell zum Sozialismus in Ostdeutschland zu demonstrieren.[15]

Frankreich

Anders als in den westdeutschen Besatzungszonen blieb das amerikanische Militär nach 1945 in Frankreich besonders von der ländlichen Zivilgesellschaft weiter entfernt; in weiten Teilen Süd- und Westfrankreichs ergaben sich fernab amerikanischer Truppenpräsenz ohnedies keine Berührungspunkte.[16] Ähnlich wie im deutschen Falle wirkte aber in den frühen 1950er Jahren ein geballtes amerikanisches Transferangebot in Gestalt gezielter kultur- und medienpolitischer Maßnahmen auf die französische Nachkriegsgesellschaft. Wo amerikanische Verantwortliche sich als Propagandisten in eigener Sache betätigten, verfehlten sie in Frankreich allerdings häufiger als in der Bundesrepublik ihr Ziel. So verfingen etwa die amerikanischen Werbefeldzüge für den Marshallplan hier kaum.[17] In den Bereich der Elitenkultur drangen deutlich weniger als in der Bundesrepublik amerikanische Güter vor, da zahlreiche französische Linksintellektuelle, die sich in den *„années Sartre“* bis Mitte der 1950er Jahre dem Kommunismus öffneten, der amerikanischen Massenkultur aus dezidiert ideologischen Gründen misstrauten. Im Gegensatz dazu gewannen umtriebige Akteure im intellektuellen Austausch mit den USA und erklärte „Atlantistes“ wie Raymond Aron erst allmählich an Bedeutung.[18]

Auch jenseits der Elitenkontakte öffnete sich die französische Nachkriegsgesellschaft dem amerikanischen Konsumstil eher zögerlich. Dies erschwerte es selbst der amerikanischen Produktikone Coca-Cola, sich auf dem französischen Markt zu behaupten. Insofern erschienen hier stärker als in der Bundesrepublik Konsumgewohnheiten ideologisiert und der Bedarf nach energischer Abgrenzung von US-amerikanischer Massenkultur ungleich höher als in der Bundesrepublik.[19]

Als Inbegriff dafür, dass eine breitere französische Öffentlichkeit in den fortschreitenden 1950er Jahren sich dann aber doch amerikanischer Massenkultur zu öffnen begann, galt der Jazz. Dass die Amerikanisierungsbereitschaft sich auch hier nicht als reine Stilverpflanzung auswirkte, sondern französische Musikliebhaber mit einer eigenen Agenda auf den Plan rief, wurde ebenso deutlich: So verdankte sich die Popularität des Jazz gerade nicht dem Ehrgeiz, den US-amerikanischen Kulturstil zu imitieren, sondern einer erfolgreichen Aneignungsstrategie durch die französischen Selbstamerikanisierer: Sie fassten den Jazz als multiethnische Musiktradition auf und stellten Anschlüsse an die französische Musikkultur so her, dass der französische Kult des Jazz sogar Raum zur Distanzierung oder Amerikakritik bot.[20]

Unterdessen blieb z. B. die französische Film- und Kinobranche vom amerikanischen Transferangebot zunächst ganz unbeeindruckt. Auf dem Musiksektor trat man amerikanischen Labels mit Quotierungen entgegen und schirmte damit den heimischen Markt trotz bald erzwungener Lockerungen protektionistisch ab. Umgekehrt gelang es der französischen – anders als der deutschen – Filmindustrie spätestens ab den 1960er Jahren, an Erfolg und Renommee französischer Filme aus der Vorkriegsepoche anzuknüpfen und damit neben Italien zu einem wichtigen Repräsentanten europäischer Filmkunst auch in den Staaten zu avancieren. Mithin ließ sich selbst die Resistenz am Ende in den USA erfolgreich vermarkten. Zudem entstanden kreative Varianten im Umgang mit amerikanischen Gütern und Konsumformen. Anders

[15] Vgl. Uta G. Poiger, Jazz, Rock, Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany, Berkeley 2000.

[16] Vgl. André Kaspi, La libération de la France, juin 1944–janvier 1946, Paris 2004; Olivier Pottier, Les bases américaines en France 1950–1967, Paris 2003.

[17] Vgl. Richard Kuisel, Seducing the French. The Dilemma of Americanization, Berkeley – Los Angeles – London 1993.

[18] Vgl. Pascal Ory/Jean-François Sirinelli (Hrsg.), De l’affaire Dreyfus à nos jours, Paris 2002, S. 241 – 294.

[19] Vgl. R. Kuisel (Anm. 17); Fabrice D’Almeida, L’américanisation de la propagande en Europe de l’Ouest (1945–2003), in: Vingtième Siècle, 80 (2003), S. 5 – 14

[20] Vgl. Dietmar Hüser, „Rock around the clock“. Überlegungen zu amerikanischer Populärkultur in der französischen und westdeutschen Gesellschaft der 1950er und 1960er Jahre, in: C. Metzger/H. Kaelble (Anm. 3), S. 189 – 208; Ludovic Tournès, New Orleans sur Seine. Histoire du Jazz en France, Paris 1999.

als auf Coca-Cola reagierte die französische Branche eine Dekade später deutlich flexibler auf den amerikanischen Exportschlager McDonald's, indem sie nun mit konkurrierenden *„restauration rapide"*-Konzepten aufwartete und offensiv um eigene Marktanteile konkurrierte.[21]

Großbritannien

Aus Großbritannien zogen sich die USA nach der extrem engen Kooperation während der Kriegsjahre zwar militärisch zunächst zurück.[22] Dennoch wurden die USA frühzeitig kulturdiplomatisch tätig, indem sie bereits 1946 Austauschprogramme lancierten, die zunächst auf den akademischen Sektor zielten (Fulbright), zügig aber auch andere Berufsmärkte erfassten (Smith-Mundt Act 1948).[23] Mitunter blieben britische Intellektuelle aber ähnlich wie jene auf dem europäischen Kontinent gegenüber amerikanischen Hochkulturerzeugnissen aus Sorge vor einer drohenden „Kolonisierung" reserviert.[24] Auch deshalb warben die USA seit den frühen 1950er Jahren im Einzugsbereich britischer Linksintellektueller und der Labour Partei um transatlantischen Konsens.[25] Tatsächlich schienen früher als im französischen Fall Vorbehalte in den Reihen der britischen Eliten abgebaut werden zu können. So avancierten z. B. amerikanische Autoren zu Vertretern einer gemeinsamen literarischen „Moderne" und thematisierten Londoner Kunstausstellungen die ästhetische Nähe zu US-amerikanischer „Modern Art."[26] Dabei spielten allerdings immer auch strategische Eigeninteressen britischer Künstler eine Rolle, die den Kunstbetrieb transatlantisch öffnen wollten, um die Dominanz britischer lokaler Oberschichten zu unterlaufen.

Ob allerdings jenseits solcher Elitenkontakte amerikanische Güter und Lebensstile von der Masse der britischen Gesellschaft besonders bereitwillig oder voraussetzungsloser als in Deutschland oder Frankreich absorbiert wurden, ist noch nicht ausgemacht. Immerhin versuchte ähnlich wie in Frankreich die Attlee-Regierung (allerdings langfristig vergeblich) das heimische Kino durch Quotierungen vor einer Überschwemmung des Marktes mit Hollywoodproduktionen zu schützen.[27] Bei erfolgreichen Transfers, wie z. B. der von amerikanischen Geschäftsleuten angeregten Verbreitung von Supermarktketten seit den 1950er Jahren, spielte für deren Akzeptanz und Erfolg eine erhebliche Rolle, dass an ähnliche Distributionsmechanismen angeknüpft werden konnte und keine komplett neue Konsumhaltung aus den USA kopiert werden musste.[28]

Die zügige Popularisierung amerikanischer Lebensstile im Bereich der britischen Jugendkultur wies ihrerseits Züge einer produktiven Anverwandlungsstrategie auf: Die Teenage-Kultur entstand als eine Art transatlantisches Stilkonglomerat, indem neben die auffälligen Anleihen bei der amerikanischen Populärmusik zugleich Reminiszenzen an die Distinktionskleidung der traditionalen britischen *upper class* traten, die sich nun die *working-class*-Jugend zum Zeichen stilistischer Demokratisierung aneignete.[29] Kaum anders als besonders für die Bundesrepublik nachgewiesen, erfand sich auch hier eine jugendliche Subkultur, deren Anhänger aus dem US-ame-

[21] Vgl. Brian Angus MacKenzie, Remaking France, Americanization, Public Diplomacy, and the Marshall Plan, Oxford–New York 2005; Jean François Sirinelli/Jean-Pierre Rioux (Hrsg.), La culture de masse en France de la Belle Époque à aujourd'hui, Paris 2002; Marianne Debouzy, Does Mickey-Mouse threaten French Culture? The French Debate about Euro-Disneyland, in: Sabrina P. Ramet/Gordana P. Crnković (eds.), Kazaam! Splat! Ploof! The American Impact on European Popular Culture since 1945, Lanham u. a. 2003, S. 15–36.

[22] Vgl. Paul Addison/Harriet Jones (eds.), A Companion to Contemporary Britain, 1939–2000, Oxford 2005.

[23] Vgl. Hugh Wilford, The CIA, the British Left and the Cold War: Calling the Tune?, London 2003.

[24] Vgl. David W. Elwood, American myth, American Model, and the Quest for a British Modernity, in: R. L. Moore/M. Vaudagna (Anm. 9), S. 131 – 150; Lawrence Black/Hugh Pemberton (eds.), An Affluent Society? Britain's Post-War 'Golden Age' Revisited, Aldershot 2004.

[25] Vgl. H. Wilford (Anm. 23).

[26] Vgl. Anne Massey, The Independent Group: Modernism and Mass Culture in Britain 1945–1959, Manchester 1995.

[27] Vgl. Jane Stokes/Anna Reading, The Media in Britain, Basingstoke 1999.

[28] Vgl. Peter Gurney, The Battle of the Consumer in Postwar Britain, in: Journal of Modern History, 77 (2005) 4, S. 956–987; Gareth Shaw/Louise Curth, Selling Self-Service and the Supermarket: The Americanization of Food Retailing in Britain, 1945–60, in: Business History, 46 (2004) 4, S. 568–582.

[29] Vgl. Hugh Wilford, Britain: In Between, in: A. Stephan (Anm. 3), S. 23–43.

rikanischen Lifestyle-Modell auswählen wollten, was im britischen Kontext provokant genug wirkte, um traditionale Erziehungsspielregeln sichtbar aufzukündigen.

Im Vergleich zur deutschen und französischen Entwicklung hatte wohl am ehesten die britische Populärkultur Chancen zum Rücktransfer einzelner Elemente in die USA. So lässt sich z.B. der Erfolg der „Beatles“ in Bezug auf Musikstil und Habitus auch darauf zurückführen, dass hier britische Skiffle- und Music-Hall- mit amerikanischen Rock-Stilelementen effektvoll neukombiniert und dann, gleichsam um britische Stilelemente angereichert, in die USA und die Welt exportiert werden konnten.[30]

Kulturelle Amerikanisierung im europäischen Vergleich

Eine europäisch vergleichende Geschichte der Amerikanisierung scheint besonders lohnend, wenn sie, wie hier angedeutet, den Blick auf europäische Kreativstrategien im Umgang mit der amerikanischen Massenkultur richtet. Für den beträchtlichen Verbreitungseffekt der amerikanischen Populärkultur gibt es dabei eine starke Hypothese, die auf deren singuläre Beschaffenheit zielt: Als Amalgam aus europäischen und außereuropäischen Elementen entstanden, barg sie das Potential, an die lebensweltliche Bedarfslage und den Massengeschmack von Konsumenten auch in Europa effektvoll anzuschließen. Zum Teil transferierten die Amerikanisierer aus den USA in einer Art Schleife an die Europäer zurück, was im Zuge eines jahrhundertealten Prozesses ehedem aus Europa in den Kulturhaushalt der USA eingespeist und zwischenzeitlich weiterentwickelt worden war.[31] Für die Amerikanisierungsforschung geht es folglich darum, die hybriden Kulturmischungsverhältnisse beiderseits des Atlantik zu inspizieren und weder das Maß amerikanischen Transferdrucks noch die Möglichkeiten der Europäer zu überschätzen, Amerikanisierungsgrade eigenmächtig auszuhandeln. Mit einzubeziehen ist in jedem Fall der zentrale strategische Diskurswert, den das Beharren auf vermeintliche eigenen Kulturstandards oder umgekehrt die demonstrative Aneignung in den innergesellschaftlichen Zusammenhängen vor allem im jungen Nachkriegseuropa haben konnte.

Während der ersten Nachkriegsdekade war die westeuropäische Bedarfslage keineswegs ausschließlich, aber insofern doch ähnlich davon geprägt, dass jüngere Generationen gegen jene Dichotomisierung von Hoch- und Massenkultur Sturm liefen, die sie als Inbegriff eines nicht mehr glaubwürdigen Deutungsmonopols alter Eliten über Verhaltensnormen und Leitwerte erachteten. Dass zum gleichen Zeitpunkt die Elitenkultur in den USA kaum entkanonisiert und die Massenkultur nicht derart entgrenzt erschien, wie in Europa zum Teil behauptet,[32] belegt weniger europäische Rezeptionsfehler als den symptomatischen Umstand, dass „Amerika“ vor allem als Chiffre in einem deutschen, französischen oder britischen Diskurszusammenhang diente.

Den westdeutschen Fall unterschied von Frankreich und Großbritannien womöglich weniger der Umstand, dass die Amerikanisierung hier nachweislich rigoroser erfolgt wäre, sondern dass sie eng mit einer nachholenden „Fundamentalliberalisierung“[33] der westdeutschen Gesellschaft in den 1960er Jahren verwoben war, in deren Zuge man sich demonstrativer als in Frankreich oder Großbritannien, aber – wie dort – entlang eigener Präferenzen an den USA oder dem „Westen“ orientierte.

[30] Vgl. Laura E. Cooper/B. Lee Cooper, The Pendulum of Cultural Imperialism: Popular Music Interchanges between the United States and Britain 1943–67, in: Journal of Popular Culture, 27 (1993) 3, S. 61–78.
[31] Vgl. Richard Pells, From Modernism to the Movies: The Globalization of American Culture in the 20th Century, in: H. Rausch (Anm. 7), S. 34–47 und Rob Kroes, Views of the Good Life: America's Commercial Culture in Europe, in: ebd., S. 48–57.
[32] Vgl. Michael Böhler, High and Low. Zur transatlantischen Zirkulation von kulturellem Kapital, in: A. Linke/J. Tanner (Anm. 14), S. 69–93.
[33] Vgl. Edgar Wolfrum, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006; Ulrich Herbert (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland, Göttingen 2002.

Jessica Gienow-Hecht

Europäischer Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert

Antiamerikanismus ist seit langem in Europa ein Thema, welches sowohl die Wissenschaft als auch die breite Öffentlichkeit beschäftigt. Gerade nach dem 11. September 2001 sind die Sympathien für die USA in Europa gesunken: in Frankreich von 62 (1999/2000) auf 43 (Juni 2003), in Deutschland von 78 auf 45, in Spanien von 50 auf 38 Prozent.[1] Im Internet findet sich eine Flut von Essays zum Thema, während Bücher mit Titeln wie *Why Do People Hate America* die Regale der großen Buchketten in europäischen Städten füllen.[2]

Jessica Gienow-Hecht
Dr. phil., geb. 1964; Heisenberg-Stipendiatin der Deutschen Forschungsgemeinschaft; PD am Historischen Seminar der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Grüneburgplatz 1, 60629 Frankfurt/M.
Gienow-Hecht@soz.uni-frankfurt.de
www.geschichte.uni-frankfurt.de/ng/fnz/Mitarbeiter/GienowHecht/index.html

Der Tenor ist einheitlich: Im 20. Jahrhundert habe sich eine bewunderte Nation zur verhassten Supermacht erhoben. Autoren zeichnen das Bild einer „Tragödie der amerikanischen Demokratie“ oder des „Schicksals einer provinziellen Großmacht“. Auch die Schlussfolgerungen ähneln sich: Eine Fraktion kritisiert die Europäer für ihre mangelnde Kenntnis der Zustände in den Vereinigten Staaten; sie empfiehlt den Menschen außerhalb der USA, dass sie ihren Hass und ihre Blindheit erkennen sollen. Die andere Fraktion moniert, wie wenig die Einwohner der USA vom Rest der Welt wissen. Diese antiamerikanischen Kritiker prophezeien oft eine Apokalypse oder einen graduellen Niedergang der USA.[3]

Wie bringt man diese beiden Diskurse zusammen? Europäischer Antiamerikanismus hat wenig mit den USA selbst zu tun, wenig mit US-Politik und noch weniger mit der Realität transatlantischer Beziehungen. Antiamerikanismus nicht einmal ein hilfreicher Begriff, denn anders als bei anderen „Ismen“ steht dahinter weder eine organisierte Bewegung noch eine alternative Vision. Antiamerikanismus definiert sich allein durch Opposition sowie vier Attribute.

1. Antiamerikanismus in Europa ist ein ideologisches Versatzstück, dessen Profil vom lokalen politischen und kulturellen Kontext ebenso wie von regionalen wirtschaftlichen Interessen abhängt. Natürlich gibt es einen kulturellen, einen politischen und einen wirtschaftlichen Antiamerikanismus, doch diese Akzente vermischen sich oft in der gleichen Bezugsgruppe oder sogar in ein und derselben Person.

2. Antiamerikanismus umfasst die jahrhundertlange Frustration über den Verlust einer Vision, die einst sehr einflussreich war, um im Verlauf des 20. Jahrhunderts einen erheblichen Teil ihrer Kraft einzubüßen. Diese Frustration findet sich sowohl auf Seiten der Konservativen als auch der Linken. Während Marx und Engels die kapitalistische Kultur der USA verdammten, dämonisierten die Konservativen die amerikanische Kultur dafür, den Massenmensch und die Massenkultur hervorzubringen und zu exportieren.

3. Antiamerikanismus in Europa ist ein kulturelles Phänomen, welches sich oft hinter einer politischen Maske verbirgt, so zum Beispiel auf der Höhe des Kalten Krieges oder seit „9/11“. Seit den 1950er Jahren ist das Verhältnis zwischen kulturellen Impressionen und außenpolitischer Kritik deutlich komplizierter geworden, die Struktur jedoch blieb die gleiche: Politik dient häufig als Auslöser neuer Wellen von Antiamerikanismus, nie jedoch als Ursache des Phänomens.

4. Antiamerikanismus kann nur Hand in Hand mit seinem Gegenpart – Philoamerikanismus, der Faszination von Amerika – bestehen. Die Spannung zwischen beiden bildet die fundamentale Bedingung für die

[1] Vgl. Russell Berman, Anti-Americanism in Europe: A Cultural Problem, Stanford 2004.
[2] Vgl. Mark Hertsgaard, The Eagle's Shadow: Why America Fascinates and Infuriates the World, New York 2002; Ziauddin Sardar/Merryl Wyn Davies, Why Do People Hate America?, Cambridge 2004; Richard Herzinger/Hannes Stein, Endzeit-Propheten oder Die Offensiver der Antiwestler, Hamburg 1995.
[3] Für eine ausführliche Darstellung des europäischen Anti-Amerikanismus und alle Belege vgl. Jessica Gienow-Hecht, „Always Blame the Americans.“ Anti-Americanism in Europe in the Twentieth Century, in: American Historical Review, 111 (October 2006), S. 1067–1091.

Existenz beider Pole: Große Erwartungen und bitterer Illusionsverlust sind untrennbar miteinander verbunden. Anti- und Philoamerikanismus orientieren sich strukturell aneinander, indem sich antiamerikanische Perspektiven oft direkt gegen philoamerikanische Positionen wenden.

Philoamerikanismus blickt auf eine mindestens ebenso lange Geschichte zurück wie Antiamerikanismus. Ursprünglich ging er aus einer liberalen Vision der USA als einer Art Labor der Welt noch vor dem Aufstieg des industriellen Kapitalismus und der Moderne hervor. Doch schon bald befürchteten europäische Beobachter, dass sie die Vision der USA betrogen habe. Dies war die Geburtsstunde eines antiamerikanischen Diskurses im Rahmen philoamerikanischer Tendenzen.

Krieg und Zwischenkrieg

In den Jahrzehnten nach der amerikanischen Revolution von 1776 zeigten viele Europäer große Sympathien für das neue Land und dessen politische Form. Gerade weil die Französische Revolution von 1789 keine langfristige Systemveränderung gebracht hatte, blieben die USA zu Beginn des 19. Jahrhunderts der einzige Staat, der sich an den Prinzipien der Aufklärung orientierte. Dementsprechend wurde er schnell zum Zielobjekt all jener, die sich von den Idealen einer modernen demokratischen Gesellschaft entweder angezogen oder abgestoßen fühlten.

Positive Beschreibungen der amerikanischen Gesellschaft blieben ein Thema bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. Karl May, Friedrich Gerstäcker und andere entwickelten das Bild eines romantischen Westens, wo menschliche Werte hoch gehalten, jedoch ständig von europäischer Korruption gefährdet wurden. Gerade die scheinbare Geschichtslosigkeit des Landes faszinierte viele Beobachter. Johann Wolfgang von Goethe rief 1827 aus: „Amerika, du hast es besser / Als unser Kontinent, der alte, / Hast keine verfallenen Schlösser / Und keine Basalte. / Dich stört nicht im Innern / Zu lebendiger Zeit / Unnützes Erinnern / Und vergeblicher Streit.“

Ebenso jedoch entwickelten sich in den europäischen Gesellschaften nach 1776 latent antiamerikanische Züge, die sich im 19. Jahrhundert zu einer Kritik an amerikanischer Kultur und Moderne verfestigten und bis 1914 intakt blieben. Holländische Händler beobachteten das Ende der Unabhängigkeitsrevolution mit großem Argwohn: Sie befürchteten, dass der Kurs der neuen Nation ihren Geschäftsinteressen schaden könnte. Dies ist einer der Gründe, warum eines der ältesten Stereotype darin besteht, dass die USA ein materialistisches Land sind, in welchem Geld alles beherrscht. In der Romantik kam die Kritik an der „abstrakten Freiheit“ und den „abstrakten Prinzipien“ hinzu.

Dieser Kontrast zwischen europäischer Weisheit und amerikanischer Geschichtslosigkeit, zwischen europäischem Niedergang und amerikanischer Kraft wird bis heute immer wieder im öffentlichen Diskurs betont. Der Mythos des Tellerwäschers, der in den USA zum Millionär wurde, die zwanghafte Ausklammerung alles „Amerikanischen“ von Werten und Worten und die Unfähigkeit, Amerika als eigenes Land statt als schrille Abweichung von der europäischen Norm zu sehen, wurzeln im 19. Jahrhundert, als Europa sich von einer feudalen zu einer bürgerlichen Gesellschaft veränderte.

1901 veröffentlichte der britische Autor W. T. Stead *The Americanization of the World or The Trend of the Twentieth Century.* Nach Stead war am wachsenden Einfluss Amerikas auf die Kultur, Politik, Finanzen und industrielle Produktion anderer Länder nichts mehr zu ändern; doch wie sollte man damit umgehen? Die meisten Menschen verabscheuten die USA, obwohl sie sich individuell längst mit amerikanischen Dingen in ihrer individuellen Umgebung umgeben hatten.[4] Stead hatte kein antiamerikanisches Traktat schreiben wollen; dennoch wurde das Werk zum Sprachrohr all jener Ängste, die wir heute noch kennen: die Angst, dass US-amerikanische Kultur den Rest der Welt erobern, die Wirtschaft anderer Länder ersticken und europäische Identität(en) abtöten würde.

Bis zum Ersten Weltkrieg wurden diese Ängste von konservativen Eliten formuliert, die sich gegen die Moderne und deren Versinnbildlichung in amerikanischen Publikationen, Ideen und Kulturprodukten äußerten. Im 20. Jahrhundert begannen Generationen von Intellektuellen und Beobachtern, darunter Kritiker wie Ernst Jünger, Martin Heidegger, Herbert Marcuse und Emmanuel Todd, die USA als Ort einer gigantischen menschlichen Katastrophe darzustellen. Was war passiert? Nach dem Ersten Weltkrieg verbreitete

[4] Vgl. W. T. Stead, The Americanization of the World of the Trend of the Twentieth Century, New York–London 1901/1902.

sich die Debatte – und damit philo- und antiamerikanische Perspektiven – mit Hilfe von Büchern, Pamphleten, Comics, Musik, Werbung, Film und Mode über die USA. Die Fließbandfabrik des Automobilhersteller Henry Ford in Detroit und die Vision einer Transformation von einer landwirtschaftlich orientierten zu einer industriellen Massengesellschaft hatten profunden Einfluss auf die europäischen Gesellschaften nach 1918. Diese Vision inspirierte Aldous Huxleys satirischen Roman „Schöne Neue Welt," José Ortega y Gassets einflussreiches Werk über Sozialtheorie, „Rebellion der Massen", ebenso wie Robert Arnauds und André Dandieus „Der amerikanische Krebs".

Unter allen europäischen Ländern stand das Deutsche Reich amerikanischen Einflüssen wohl am offensten gegenüber. Während der Weimarer Republik kam es zu philoamerikanischen Wellen, als sich diese sowohl kulturell als auch industriell an die USA annäherte. Viele Beobachter und Intellektuelle unterstützten eine Affinität mit den USA. Und wie viele Europäer bewunderten auch viele Deutsche amerikanische Athleten, so zum Beispiel bei den Olympischen Spielen von 1936, als der *African-American* Jesse Owens zum Lieblingsathleten der Zuschauer avancierte.

Gleichzeitig jedoch zeigte die Gesellschaft der Weimarer Jahre einen ausgeprägten Antiamerikanismus, ausgelöst durch den Versailler Friedensvertrag, Wilsons 14 Punkte und die Tatsache, dass die Passivität der USA den Friedensvertrag und die alliierten Reparationsforderungen möglich gemacht hatte. Intellektuelle und Schriftsteller wie Erwin Kisch und Bertolt Brecht benutzten das Beispiel der USA, um entweder das Übel des Kapitalismus oder das Gespenst einer seelenlosen, kindischen und oberflächlichen Gesellschaft zu porträtieren.[5] Einer der berühmtesten antiamerikanischen Autoren dieser Zeit war Adolf Halfeld, der die „geplante Kultur" und die „sterbende Landschaft" unter dem Joch der US-Industrie beschrieb.[6]

Widersprüchliche Tendenzen zwischen Bewunderung und Zurückweisung finden sich auch in der Unterhaltungskultur dieser Jahre wieder, insbesondere in der Filmindustrie, deren Mitglieder oft Hollywood und die USA ablehnten. Filme mit regionalem Hintergrund, etwa „Der verlorene Sohn" (1934) mit Luis Trenker, zeigten die USA als Land der Depression und der Verführung, ein Land in den Klauen wirtschaftlicher Zyklen. Der Film handelt von einem verarmten Deutschen in New York und kontrastiert die amerikanische Moderne mit alpinem Heimatglück in den Dolomiten. Doch für jeden Trenker-Film entstand ein anderer Streifen, der ein weitaus positiveres Bild der amerikanischen Freiheit und Gesellschaft malte. Fritz Langs Klassiker „Metropolis" (1927) verwies auf philoamerikanische Tendenzen in Deutschland: Lang demonstrierte die Sehnsucht nach einer Synthese zwischen Moderne und Tradition, Arbeitskraft und Kapital, Mann und Frau in der Umgebung der Neuen Welt.

Im „Dritten Reich" setzten sich die Paradoxe fort. Adolf Hitler betrachtete die USA als schwaches und militärisch inkompetentes Land, das von minderwertigen „Rassen" und dem allmächtigen Dollar dominiert werde. Gleichzeitig interessierten sich die Nationalsozialisten für die technologische Entwicklungen in den USA ebenso wie für Massenproduktion, Konsumgüter sowie Modernisierungs- und Rationalisierungsmassnahmen in der amerikanischen Wirtschaft. Und obwohl die Reichsleitung amerikanische Filme, Jazz und Swingmusik verbot, standen diese bis Kriegsende bei deutschen Konsumenten und Soldaten hoch im Kurs.

Auch die europäischen Demokraten hegten ein ambivalentes Bild der USA. Trotz aller Antipathien auf Seiten der französischen Eliten und Intellektuellen unternahm die Regierung zwischen 1900 und 1940 große Anstrengungen, um die Gunst der Amerikaner zu gewinnen. Privat mochte man sich an den Behauptungen nationaler Größe in den USA stören, doch es war französischen Entscheidungsträgern klar, dass Frankreich mehr Kontrolle über seine Identität als über seine Produktionsressourcen hatte, Ressourcen, die das Land brauchte, wenn es eine moderne Großmacht sein wollte. In vielen Kreisen galt es daher als chic, eine antiamerikanische Haltung mit einem tiefen Gefühl für die US-fran-

[5] Vgl. Alfred Kerr, Yankeeland. Eine Reise von Alfred Kerr, Berlin 1925.
[6] Vgl. Adolf Halfeld, Amerika und der Amerikanismus. Kritische Betrachtungen eines Deutschen und Europäers, Jena 1927, S. 191.

zösische Freundschaft zu verbinden. Trotz aller politischen Frustration blieb der französische Antiamerikanismus der Zwischenkriegszeit ein kulturelles Phänomen, das aus jener Gruppe französischer Intellektueller hervorging, die die USA am besten kannten, darunter André Tardieu und Georges Duhamel. Manche kritisierten die Massengesellschaft, während andere sich über die internationale Macht der USA erregten. Ihnen gemeinsam blieb eine retrospektive Haltung, mittels derer sie den Niedergang Frankreichs und die Modernisierung der Gesellschaft beklagten.[7]

Weder die Katholiken der Vorkriegszeit noch die jungen Führer des Vichy-Regimes während der Zeit der deutschen Besatzung kamen an diesem Widerspruch vorbei: Sie waren davon überzeugt, dass man, wenn man der Amerikanisierung des Landes aus dem Wege gehen und Frankreich seine kulturelle Essenz wiedergeben wollte, mit Kollaborateuren zusammenarbeiten müsse, selbst wenn dies die Diskriminierung der Juden und die Unterminierung der französischen Widerstandsbewegung bedeutete. Daher wünschten sich die französischen Entscheidungsträger im Zweiten Weltkrieg ein großzügiges, aber weit entferntes Amerika, und statt eines bewaffneten Widerstandes gegen die Deutschen hofften sie auf eine Art Wiederbelebung des französischen Geistes von innen.

Die Zwischenkriegszeit zeigt insgesamt ein heterogenes Bild der europäischen USA-Perzeption. Über die allgemeine Bewunderung für die amerikanische Industrie und Roosevelts Wirtschaftsprogramm hinaus herrschte große Faszination für das „amerikanische System“ sozialer Organisation. Gleichzeitig jedoch blieb kultureller Antiamerikanismus ein Merkmal faschistischer und konservativer Kreise, die in den USA eine Bedrohung europäischer Traditionen, nationaler und regionaler Identitäten sowie Europas innerer Erneuerung in den 1930er Jahren sahen.

Kalter Krieg

Die Debatte über Amerika veränderte sich im Kalten Krieg drastisch, als sie sich politisierte. Schon immer hatte es politische Kritik an den USA gegeben, vor allem nach Ratifizierung des Versailler Friedensvertrages. Doch erst in den 1950er Jahren, als sich in den USA eine breite antikommunistische Bewegung erhob, begannen europäische Beobachter mit der Formulierung einer Kritik, die politische Ideologie akzentuierte. Philo- und Antiamerikanismus wurden alltäglich.

Trotz aller politischen Kooperation im westlichen Bündnis verbreitete sich Antiamerikanismus in Europa während des Kalten Krieges; überall verbanden sich kulturelle und politische Anliegen mit regionalen Befindlichkeiten. In Frankreich beispielsweise wurde Antiamerikanismus zur entscheidenden Haltung beim Bruch zwischen den Kommunisten und Sozialisten nach 1947. Amerikanischer Expansionismus, die NATO und der Einfluss amerikanischer Künstler erschienen den französischen Eliten als bedrohlich – nicht aber dem breiten Publikum. Junge Franzosen zeigten Begeisterung für den „American Way of Life“, mit Konsumkultur, höherem Lebensstandard und wirtschaftlichem Aufschwung. Für viele Franzosen wurden die USA zu einer Art „Gegenmythos“, ein Werkzeug im Kampf gegen die kulturlose Masse; ihre Haltung hatte wenig mit der Realität internationaler Beziehungen zu tun.

Während Sprache, Kunst und Konsum die französischen Kritiker amerikanischer Kultur beschäftigte, sorgten sich britische Antiamerikanisten um andere Dinge. Viele Briten fühlten nach dem Zweiten Weltkrieg, dass ihr Land seinen Status als Empire an die USA verloren habe. 1957 gab der amerikanische Humorist Art Buchwald in der Londoner „Times“ eine Anzeige auf, in der er „Menschen, die Amerikaner nicht mögen“ aufforderte, ihm die Gründe für ihre Antipathie zu schreiben. Buchwald erhielt mehr als hundert Antworten, die er wie folgt zusammenfasste: „Wenn die Amerikaner aufhören würden, ihr Geld auszugeben, laut an öffentlichen Orten zu reden, den Briten zu sagen, wer den Krieg gewonnen hat, (. . .) aufhören würden, Öl aus dem Mittleren Osten zu importieren, aufhören würden Kaugummi zu kauen, (. . .) ihre Luftwaffenstützpunkte aus England abziehen würden, das Desegregationsproblem im Süden lösen würden, (. . .) die amerikanische Frau da hin setzten, wo sie hingehört und keinen Rock'n'roll expor-

[7] Vgl. David Strauss, Menace in the West. The Rise of French Anti-Americanism in Modern Times, Westport, Conn. 1978, S. 65–77.

tierten und korrektes Englisch sprächen, dann würden sich die Spannungen zwischen den beiden Ländern lösen und die Briten und die Amerikaner würden sich wieder leiden mögen.“[8]

In den 1960er Jahren intensivierte sich die ideologische Kritik an den USA, angefacht durch die Frustration und Desillusionierung mit den USA in vielen Ländern. Die Behauptung, die USA seien der Leuchtturm einer demokratischen Gesellschaft, erschien vielen Menschen in Übersee als zunehmend unglaubwürdig angesichts der Rassentrennung in den USA und des Krieges in Vietnam. „Meine ganze liberale Bildung nahm im Amerika Haus ihren Anfang, wo ich die amerikanische Unabhängigkeitserklärung studierte,“ erinnerte sich ein junger Liberaler in Westdeutschland, „was nun geschieht, ist eine offene Vergewaltigung solcher Ideale.“[9]

Der westdeutsche Antiamerikanismus der 1960er und 1970er Jahre konzentrierte sich auf eine Interpretation westlicher Werte und Institutionen. Er hatte seinen Ursprung in der Stationierung amerikanischer Truppen in Westdeutschland und verbreitete sich vor allen Dingen unter Intellektuellen, Studenten, Linken, Friedensgruppen und Umweltschützern. Die Aversion gegen das amerikanische Militär ging Hand in Hand mit einer Ablehnung des Konsumdenkens und eines Angriffs auf die „McDonaldisierung“ Deutschlands, eine Haltung, die sich bereits im antimodernistischen Denken deutscher Konservativer im 19. Jahrhundert finden lässt.

Obwohl sich Antiamerikanismus breiten Zulaufes unter Anhängern der Neuen Linken erfreute, blieb dieser auch nach 1945 in seiner Essenz wertkonservativ und politisch konservativ. Sowohl linke als auch rechte Kritik kamen aus dem gleichen Milieu: Sie ergaben sich aus einer elitären und kritischen Haltung gegenüber der modernen Massengesellschaft, der Moderne, der neuen Weltmacht, einer Befürwortung abendländischer Ideologie und der Idee einer eurozentristischen kulturellen und politischen Überlegenheit.

West- und Osteuropa

Es lässt sich nicht übersehen, dass die antiamerikanische Haltung der Deutschen selbst in ihren turbulentesten Zeiten – nämlich während der 1970er und Anfang der 1980er Jahre – einherging mit philoamerikanischen Bekundungen. Diese Tendenz ist für US-Beobachter schwer nachvollziehbar: Wie können Menschen amerikanische Konsumprodukte zur Schau tragen – Jeans, Coca-Cola, Hamburger, Popmusik –, während sie gleichzeitig gegen die Kultur und Außenpolitik der USA protestieren? Selbst Anhänger der Frankfurter Schule, die den USA äußerst kritisch gegenüber standen – etwa Herbert Marcuse und Theodor W. Adorno – betonten in persönlichen Erinnerungen ihre positive Erfahrungen in den Vereinigten Staaten. Meinungsumfragen in Westdeutschland zwischen den 1960er und den 1980er Jahren zeigten, dass die Hälfte der Bundesbürger die USA als die besten Freunde Westdeutschlands empfanden, noch vor Frankreich; dass 80 Prozent aller Befragten Deutschlands Mitgliedschaft in der NATO für wichtig hielten; und dass nur 20 Prozent einen Abzug des US-Militärs aus Westeuropa unterstützten.[10]

Westeuropäische Meinungsumfragen zwischen 1975 und 1983 unterstrichen dieses Bild. „In jedem Anti-Amerikaner lauert ein Philo-Amerikaner,“ schreibt der niederländische Historiker Rob Kroes. „Und obwohl seine Toleranz gegenüber der Mehrdeutigkeit jüngst abgenommen hat, so ist er noch nicht ganz bereit zu jenem endgültigen Autodafé, dieser endgültigen Glaubenstat: Der Verbrennung seiner Blue Jeans.“[11]

Regionale Unterschiede und Konservativismus bleiben die häufigsten Nennwerte des europäischen Antiamerikanismus. US-außenpolitische Entwicklungen und Entscheidungen mögen häufig als Auslöser für antiameri-

[8] Marcus Cunliffe, The Anatomy of Anti-Americanism, in: Rob Kroes/Maarten van Rossem (eds.), Anti-Americanism in Europe, Amsterdam 1986, S. 23 f.

[9] Zit. nach: William J. Weissmann, Kultur- und Informationsaktivitäten der USA in der Bundesrepublik während der Amtszeiten Carter und Reagan, Pfaffenweiler 1990, S. 66.

[10] Vgl. Harald Mueller/Thomas Risse-Kappen, Origins of Estrangement: The Peace Movement and the Changed Image of America in West Germany, in: International Security, 12 (Summer 1987), S. 52–88.

[11] Rob Kroes, The Great Satan Versus the Evil Empire: Anti-Americanism in the Netherlands, in: ders./M. van Rossem (Anm. 9), S. 48 f.

kanische Tendenzen dienen. Nie sind sie jedoch Ursache für die andauernde Existenz des Phänomens an sich. Das verdeutlicht der Blick in die Länder des einstigen Warschauer Paktes nach dem Fall der Berliner Mauer. Selbst als Regierungen zusammenbrachen, sich politische Richtungen grundsätzlich veränderten und staatliche Strukturen auflösten, blieben antiamerikanische Tendenzen in diesen Ländern und Regionen intakt und orientierten sich weiterhin an zwei grundsätzlichen Voraussetzungen: kulturellem Konservativismus und regionalen Befindlichkeiten. Die kommunistische Propaganda hatte sich oft um genau dieses Phänomen gedreht: Risiken der Moderne, das Vordringen des Kapitalismus, das Übel des demokratischen Nationalismus, der Verlust von Dingen, die man einst geliebt hatte. Selbst nach dem Ende der Blockkonfrontation prägen viele dieser populistischen Anklagen weiterhin das öffentliche Image der USA in Osteuropa.

In der Sowjetunion zum Beispiel war es das erklärte Ziel des Kreml, die USA und den „American Way of Life" durch Propaganda zu denunzieren. Doch trotz aller Kritik hatte sich bereits unter Stalin ein ansteigendes Interesse an Konsumprodukten, Komfort und Prestige anhand von Waren wie modischer Kleidung, Autos und Elektronikprodukten entwickelt. Einige sowjetische Künstler imitierten sogar amerikanische Popkünstler, indem sie Videorekorder und Fernseher in ihre Kunst integrierten – und zwar zu genau dem Zeitpunkt, als die sowjetische Regierung derlei Trends in den USA auf das Schärfste denunzierte. Die USA waren nach Maßgabe der Russophilen ein materialistisches Land ohne Kultur und Geschichte, während Russland eine alte spirituelle Nation mit einer langen Tradition darstellte. Gleichzeitig galt unter den gebildeten Schichten häufig die Ansicht, dass die USA ein interessantes Land mit dynamischer Kultur, „progressiven" Autoren und talentierten Musikern seien. Diese Perspektiven finden sich auch heute in der russischen Politik und Gesellschaft wieder.

Kulturkritik und Moderne

Die 1990er Jahre mögen die politische Komponente des Antiamerikanismus kurzfristig entfernt haben; damit bestätigt sich das Argument, dass das Herzstück dieses Phänomens vor allen Dingen von Kulturkritik gebildet wird. Dies änderte sich nach dem 11. September 2001, den von den USA geleiteten Militäraktionen in Afghanistan und im Irak und einer Lawine von kontroversen politischen Entscheidungen, etwa die Nichtunterzeichnung des Kyoto-Protokolls, der Beibehaltung der Todesstrafe und der Nichtachtung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag. Nun trat die politische Anklage wieder an die Seite des kulturellen Antiamerikanismus; manche Beobachter behaupten gar, die politische habe die kulturelle Kritik überlagert.

Doch diese Interpretation übersieht Ursprünge und Kontinuität der europäischen Kritik an Amerika, die Wechselbeziehung zwischen Philo- und Antiamerikanismus und die fundamentale historische Dimension dieses Phänomens. Seit dem 19. Jahrhundert wird die Debatte über Amerika in Europa dadurch überschattet, dass sich beide Kontinente de facto wirtschaftlich und gesellschaftlich immer ähnlicher werden. Mit dem Beginn der Moderne mutierte „Amerikanisierung" für die meisten Europäer von einer utopischen Vision zu einer sehr wahrscheinlichen Zukunftsperspektive. Gerade die kulturelle Annäherung hatte zur Folge, dass Europa die USA zunehmend als unmittelbare Vorstellung des Kommenden verstand. Allein diese Entwicklung führte dazu, dass sich in Europa nach dem amerikanischen Bürgerkrieg eine passionierte Debatte über Amerika entwickelte, deren Grundtenor zwar vorher schon existiert hatte, aber nicht mit so viel Leidenschaft geführt worden war. Nach dem Ersten Weltkrieg und noch mehr nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die kulturelle, wirtschaftliche und politische Vormachtstellung der USA zu einem wichtigen Bestandteil dessen, was Kritiker als „amerikanische Bedrohung" interpretierten.

Enttäuschte Illusionen – die die Europäer selbst auf die „Neue Welt" projiziert hatten und die die USA wohl nie hätte erfüllen können – ebenso wie das unausweichliche Herannahen der Amerikanisierung Europas vermischten sich mit einer zunehmend polarisierten Debatte, die vor allem die lokalen Konflikte um Wertesysteme, Ideale und Erwartungen freilegte. Letztlich spielte die historische Realität eine weniger wichtige Rolle als amerikanische Ideale, welche die Amerikaner jedoch ganz anders realisierten, als viele Europäer dies erwarteten oder wünschten.

In seiner Essenz ist der europäische Antiamerikanismus ein kulturelles Phänomen geblieben, welches oft vom politischen Klima profitiert und ebenso oft von linken und rechten Parteien für die Mobilisierung von Wählern manipuliert worden ist. Über diese Manipulation hinaus hat die tatsächliche Regierungspolitik wenig zum Ursprung und Diskurs des europäischen Antiamerikanismus beigetragen.

APuZ

Nächste Ausgabe 7/2008 · 11. Februar 2008

Benelux

Evelyne Mertens
Die DG im östlichen Belgien – Europa im Kleinen

Dirk Rochtus
Belgien vor dem Kollaps?

Friso Wielenga
Die Benelux aus niederländischer Perspektive

Jürgen Stoldt
Luxemburg – Kern Europas

Georgi Verbeeck
Erinnerungspolitik in Belgien

Johannes Koll
Metropolregion Benelux-NRW

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
(verantwortlich für diese Ausgabe)

Redaktionelle Mitarbeit:
Johannes Piepenbrink (Volontär)

Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 9 95 15-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung einschließlich APuZ zum Preis von Euro 19,15 halbjährlich, Jahresvorzugspreis Euro 34,90 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung Das **Parlament**
Frankenallee 71 – 81,
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Westliche Wertegemeinschaft? APuZ 5–6/2008